

Telegraphische Depeschen.

Danzig, 11. Sept. In dem Toast, welchen der Landesdirector Dr. Wehr bei dem gestrigen Diner im Artushofe ausbrachte, sprach derselbe den Dank der Provinz Westpreußen und der Stadt Danzig aus für den Besuch Sr. Maj., welcher der erste sei in der Provinz nach ihrer selbständigen Gestaltung, und gab zugleich der Versicherung Ausdruck, daß die neue Provinz in alter Treue und Anhänglichkeit an den Kaiser und König und sein Haus sich auch fernerhin zeigen werde.

Wien, 12. Sept. nachmittags. Meldung der 'Presse' aus Plesje vom 10. Sept.: 'Vor dem Einzuge der österreichischen Truppen in Plesje erklärte der türkische Commandant, Mustapha-Pascha, er sei beauftragt, mit einem Bataillon in der Stadt zu bleiben. Der österreichische Commandant Generalmajor Kilius erwiderte, daß er das nach dem Sinne der österreichisch-türkischen Convention nicht zugehen könne. Mustapha-Pascha bereitete auch noch andere Schwierigkeiten, schließlich wurde aber der Einmarsch unter den Zurufen der christlichen Bevölkerung vollzogen. Der Abmarsch der türkischen Truppen soll morgen erfolgen.'

Petersburg, 11. Sept. Das Journal de Saint-Petersbourg widerlegt die von Wien aus gemeldete Nachricht von der angeblichen Absendung eines russischen Kuriers nach Belgrad, welcher dem Fürsten Milan Instructionen der russischen Regierung überbringen sollte.

Die Ankunft in Stettin erfolgte um 4 1/2 Uhr nachmittags. Sr. Maj. wurde auf dem Bahnhofe von den Spitzen der Militär- und Civilbehörden empfangen und hielt dann, von der dichtgedrängten Bevölkerung auf dem ganzen Wege enthusiastisch begrüßt, einen feierlichen Einzug in die prächtig geschmückte Stadt. An der Spitze Sr. Maj. befand sich Se. kais. und königl. Hoh. der Kronprinz. Die Fahrt ging durch die Heiligegeiststraße, über den Kohlmarkt, nach dem Schlosse. Die Ehrenwache war von der 1. Compagnie des Grenadierregiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. pommersches) Nr. 2 mit der Fahne und Musikkapelle gestellt, am rechten Flügel standen die directen Begleiter, an ihrer Spitze Se. königl. Hoh. der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, als Generalinspector der 2. Armeeinspection. Sr. Maj. der Kaiser trug die Uniform des Grenadierregiments König Friedrich Wilhelm IV., Se. kais. und königl. Hoh. der Kronprinz die Uniform des Kürassierregiments Königin (pommersches) Nr. 2.

Konstantinopel, 11. Sept. Anlaßlich der von der Pforte beabsichtigten Einführung eines neuen Patentgesetzes haben die Vertreter der auswärtigen Mächte sich in einer Collectionnote gegen die mit dem Gesetze verbundene Steuer ausgesprochen, weil dieselbe unter Aufhebung jedes vorgängigen Einverständnisses festgesetzt sei. Die Pforte gedenkt infolge dessen den Zusammentritt einer gemischten Commission vorzuschlagen, welche die Frage von den seitens der Vertreter der Mächte aufgestellten Gesichtspunkten aus prüfen soll.

Konstantinopel, 10. Sept. abends. Regierungseitig wird mitgeteilt: 'Der neuernannte kaiserliche Commissar Said-Pascha ist in Aleppo eingetroffen und somit die Mission Majhar-Pascha's, welcher nach Konstantinopel zurückberufen ist, beendet. Dagegen wird Nourian-Efenbi, welcher als zweiter Commissar Majhar-Pascha beigegeben war, in Aleppo verbleiben, um Said-Pascha in der Einführung der Reformen zu unterstützen, welche von der Enquete-commission im Einvernehmen mit den Provinzialräthen des Vilajets für

notwendig bezeichnet sind. Was Zeitoun betrifft, so haben sich die Verhältnisse in diesem District infolge der von der Bevölkerung erbetenen und derselben bewilligten Zugeständnisse schon merklich gebessert. Die Regierung hat sämtlichen Forderungen der Bewohner Zeitoun's Gerechtigkeit widerfahren lassen. So ist vor allem eine billigere Vertheilung der Steuerlasten eingetreten. Man hat ferner den District in vier Communalverbände eingetheilt, welche von Communalräthen verwaltet werden, deren Mitglieder aus der einheimischen Bevölkerung gewählt worden sind. Auch die öffentliche Sicherheit läßt seit Einrichtung der Gendarmen nichts zu wünschen übrig. Der neue Gouverneur Said-Pascha ist mit allen Vollmachten ausgerüstet, um in dem ihm unterstellten Vilajet das neue Reformsystem weiter auszubilden und dessen Wirksamkeit dadurch zu sichern, daß er aus der Verwaltung alle diejenigen Mißbräuche beseitigt, welche der Bevölkerung bisher Grund zur Beschwerde gegeben haben.'

Wien, 11. Sept. abends. Der Politischen Correspondenz geht über die gestrige griechisch-türkische Conferenz folgende Meldung aus Konstantinopel zu: 'Die Antwort Savfet-Pascha's in der gestrigen Conferenz weist die Unmöglichkeit einer Fortführung der Verhandlungen nach, wenn Griechenland das 13. Congreßprotokoll als für die Pforte verbindlich ansehe. Zugleich beantragte Savfet-Pascha auf die Verathung einzugehen und gemeinsam die vom Congreß vorgeschlagene Delimitation mit den thatsächlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen. Die griechischen Be-

kommen. Der Schiller-Stiftung gewissermaßen parallel gehende Bestrebungen sind die aus der Mitte der Schriftstellerwelt selbst hervorgegangenen und darum doppelt erfreulichen Anläufe einmal zur Begründung einer erleichterten Lebensversicherung für Journalisten (welche bereits in Wirksamkeit getreten); sodann zur Herstellung von Einrichtungen behufs der Unterstützung von Journalisten in einzelnen Nothfällen oder beim Nachlaß der eigenen Arbeitskraft.

Die Generalversammlung der Deutschen Schiller-Stiftung zu Dresden.

Dresden, 11. Sept. Meinem vorläufigen Bericht über die am 10. und 11. Sept. hier abgehaltene Generalversammlung der Deutschen Schiller-Stiftung lasse ich heute einen etwas ausführlicheren folgen. Biel ist übrigens von den Verhandlungen dieser Generalversammlung überhaupt nicht zu berichten: sie verliefen so glatt und ruhig, ohne alle Zwischenfälle, wie es für das Interesse der großen und schönen Sache, welcher die Stiftung dient, gewiß am vorteilhaftesten war, wenn auch das Interesse der Berichterstattung dadurch wesentlich verkürzt wird.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrathes in den letzten fünf Jahren (wo Dresden Vorort war), der unter dem Schriftstellernamen Rob. Waldmüller bekannte Dr. Ed. Duboc, eröffnete die Versammlung mit einigen kurzen, aber warmen Worten. Er ward auch zum Leiter dieser Versammlung selbst erwählt, neben ihm als Vicepräsident der Vorsitzende des Verwaltungsrathes aus der vorläufigen Geschäftsperiode, Geh. Regierungsrath Genast aus Weimar.

Bei Prüfung der Vollmachten ergab sich, daß 17 Zweigstiftungen durch 13 anwesende Delegirte vertreten waren, welche Zahl sich später auf 19 erhöhte, sodas von allen bestehenden Zweigstiftungen nur 5 unvertreten blieben. Außerdem nahmen noch einige Mitglieder der dresdener Zweigstiftung als Mitglieder des bisherigen Vorortes zeitweilig an den Verhandlungen theil.

Aus dem von dem Vorsitzenden in seiner Eigen-

schaft als Vorsitzender des Verwaltungsrathes erstatteten geschäftlichen Rückblick auf die letzte fünfjährige Periode der Stiftung ging hervor (was auch in dem gedruckten 'Neunzehnten Jahresbericht über Stand und Wirksamkeit der Deutschen Schiller-Stiftung' angeführt ist), daß die Schiller-Stiftung wiederum durch mehrere werthvolle Zuwendungen bereichert worden ist, was um so erfreulicher, als die laufenden Einnahmen der Stiftung unter der Ungunst der Zeit ebenfalls etwas gelitten haben. Mit besonderer Auerkennung war der Gründung einer 'Holtei-Stiftung' in Breslau zu gedenken, welche bei Gelegenheit des 80. Geburtstages des Dichters Karl v. Holtei zu Stande gekommen und bereits mit einem Fonds von 12100 M. ausgestattet ist, dessen Zinsen der Schiller-Stiftung zufließen. Ferner hat der verstorbene Dichter Mosenthal, der lange und eifrig an der Verwaltung der Schiller-Stiftung mitbetheiligt war, sein warmes Interesse an dieser noch über den Tod hinaus dadurch betheätigt, daß er die Lantienemerträge seiner Dramen derselben zugewiesen, was im letzten Jahre einen Ertrag von 776 fl. Oesterr. W. ergab. Von Sr. Maj. dem Deutschen Kaiser sind der Stiftung wiederum 1000 M., von Ihrer Maj. der Kaiserin 150 M., von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich 500 fl. Oesterr. W., von Sr. Maj. dem König von Sachsen 500 M. gewidmet, die früheren Zuschüsse Sr. königl. Hoh. des Großherzogs von Sachsen-Weimar und Sr. königl. Hoh. des Großherzogs von Baden sind erneuert worden.

Die Gründung einer Zweigstiftung der Schiller-Stiftung unter den Deutschen in Amerika ward angeregt, ist jedoch noch nicht wirklich zu Stande ge-

kommen. Der Schiller-Stiftung gewissermaßen parallel gehende Bestrebungen sind die aus der Mitte der Schriftstellerwelt selbst hervorgegangenen und darum doppelt erfreulichen Anläufe einmal zur Begründung einer erleichterten Lebensversicherung für Journalisten (welche bereits in Wirksamkeit getreten); sodann zur Herstellung von Einrichtungen behufs der Unterstützung von Journalisten in einzelnen Nothfällen oder beim Nachlaß der eigenen Arbeitskraft.

Aus der Mitte derer, welche bei der Verwaltung der Schiller-Stiftung mehr oder weniger thätig waren, sind eine Reihe von Personen, zum Theil sehr namhafte, dahingeshieden; so die Dichter Gutzkow, Graf Auersperg (A. Grin), Hadländer, Rosenthal und Struensee, der Publicist Jabel, der Historiker Helbig, die beiden Bürgermeister von Dresden und Leipzig, Pfotenhauer und Koch, welche beide an der Spitze der Zweigstiftungen daselbst standen u.

Einer Anzahl edler Förderer der Stiftung (außerhalb der noch jetzt bei der Verwaltung selbst Betheiligten) ist vom Verwaltungsrath als Zeichen der Anerkennung ein Ehrendiplom übermittelt worden, wozu Professor Dr. Theodor Grosse hier in liberalster Weise die Zeichnung gefertigt.

Uebergehend zu den eigentlichen Geschäften, erledigte die Versammlung zuvörderst die vom Verwaltungsrathe beantragte und vorbereitete Revision der Geschäftsordnung. Das lichtvolle Referat, womit namens des Verwaltungsrathes Geh. Regierungsrath Genast diese Verhandlung einleitete, diente wesentlich zu deren Abklärung; die sämtlichen vorgeschlagenen Veränderungen, theils formeller, stilistischer Art, theils

ahn.

der früher

den Preis

Sonn- und

ant für

vereins,

deutschen

Anstalt,

tschen

anstalt,

ksleck,

Comp.,

verein,

Roth-

öhne,

rie und

riebenen,

angeben-

tt.

[1706]

buch

ddäischer

er dieses

insbeson-

der erste

Dar ersto

ark, auf

[1719]

innisch

der

stalle-

schis,

ober

ganj

I. A.

-12)

sch sucht

tätigen

weitem

umvoll-

3525

ion von

afel.

(1894-97)

en.

cht im

Chem-

Zwickau

uth. —

Meerant

in Leip-

George

Precc-

in Leip-

de in

meister-

iter. —

ohn. —

in Schu-

re ede,

berhöb-

Kolbig-

Meib-

— Gr-

— Plog-

8.

vollmächtigsten schienen im Laufe der Debatte davon absehen zu wollen, daß der obligatorische Charakter des 13. Congressprotokolls durch die Pforte anerkannt werde, vertagten jedoch ihre endgültige Erklärung und behielten sich vor, den Tag für die nächste Conferenz selbst zu bestimmen.

Die Katastrophe in Afghanistan.

London, 10. Sept. Ueber die Vorgeschichte der Katastrophe in Kabul ist, wie den Daily News aus Lahore berichtet wird, von persischen Agenten in Kabul der indischen Civil and Military Gazette Folgendes gemeldet worden:

Am 16. Aug. rieth der Emir dem Major Cavagnari, nicht mehr, wie es seine Gewohnheit war, in der Umgegend Kabuls umherzureiten, da ein Attentat auf ihn ausgeübt werden könnte. Major Cavagnari erwiderte, wenn er getödtet würde, so gäbe es viele andere in Indien, die bereit wären, seinen Platz einzunehmen. Dieser Vorfall ereignete sich vor Eintreffen der herater Truppen, durch deren Ausstand am 3. Sept. die Mezelei herbeigeführt wurde. Anzeichen der Gefahr gab es übrigens schon am 13. Aug., indem an diesem Tage ein Straßenkrawall zwischen einigen Soldaten des Emirs und Angehörigen der Gesandtschaftskolonne stattfand. Da der Pöbel für die ersten Partei nahm, wurden letztere völlig besiegt. Das ist authentisch, ebenso wie Beweise der Kälte des Emirs gegen unsere Gesandten. Schon einige Zeit vorher wurden ihre Unterredungen kürzer und weniger häufig; Kabul weigerte sich hin und wieder unter der dürftigen Entschuldigun der Indisposition, den Gesandten zu empfangen. Schließlich wurden die Audienzen rein formell und dauerten nur wenige Minuten. Wochenlang vor dem 3. Sept. wurden die Zusammenkünfte zwischen Dabul's Soldaten und der britischen Begleitmannschaft häufiger. Die herater Regimenter forderten sofort nach ihrem Eintreffen in Kabul am 18. Aug. die rückständigen Löhnungen und erhoben zugleich den Kriegsruf gegen die Engländer. Ihre Offiziere schimpften den Emir einen Ungläubigen wegen seiner Freundschaft für die Engländer. Sie verlangten Austreibung derselben und drohten, sie andernfalls niederzumachen. Der Emir, durch diese Drohungen erschreckt, weinte und umarmte die herater Offiziere und versuchte, sie durch die Versicherung zu beruhigen, daß das englische Bündniß unvermeidlich sei. Er zahlte darauf den Truppen den rückständigen Sold für drei Monate aus, aber die Soldaten verweigerten die Ablieferung ihrer Waffen und Rückkehr in die Heimat.

So weit der Bericht der Perser; es heißt ferner, daß Kurram und Kandahar ruhig, die nördlichsten Districte indeß in Aufregung sind. Badakshan droht mit Aufruhr. Im Kheiberpaß sowie in der Nähe von Balkh sind Räubereien häufiger geworden.

Der vorstehende Bericht läßt darüber keinen Zweifel bestehen, daß der Aufstand gegen die Engländer rein das Werk patriotischen und religiösen Fanatismus war, und daß wochenlang die Katastrophe sich voraussehen ließ. Zu befürchten ist auch, daß der schwache Emir, um nur der nächsten Gefahr, die ihm von den Empörern droht, zu begegnen, sich an ihre Spitze stellen wird.

Die Daily News, gestützt auf diese Berichte, wirft den Behörden vor, daß sie durch schöngefärbte Erzäh-

lungen das Volk Englands über die wirkliche Lage der Dinge in Afghanistan getäuscht hätten, da gerade das Gegentheil von Herzlichkeit, wie officiell behauptet worden, den Mitgliedern der Gesandtschaft gezeigt sei. Als Schir-Ali im vergangenen Jahre eine russische Gesandtschaft in seiner Hauptstadt empfing, traf er jedwede Fürsorge, die Fremdlinge gegen den Haß des Pöbels zu schützen. Sie wurden im Garten der königlichen Festung untergebracht und thatsächlich während der ganzen Zeit ihres Aufenthaltes in Kabul gefangen gehalten. Solche Vorsichtsmaßregeln zu treffen, stand außerhalb der Macht des gegenwärtigen Emirs. Seine Gäste nahmen eine Stellung der Superiorität ihm gegenüber ein und es blieb ihm nichts übrig, als sie ihren Reigungen folgen zu lassen.

Ein Gespräch mit dem Fürsten Gortschakow.

Ein Redacteur des Soleil, Louis Peyramont, hat, wie bereits erwähnt, mit einem „von einem der hervorragendsten Namen der europäischen Politik“ gezeichneten Empfehlungsschreiben ausgestattet, dem russischen Staatskanzler Fürsten Gortschakow zu Baden im Hôtel de l'Europe aufgewartet. Der Fürst war, als der Franzose bei ihm vorsprach, eben im Begriff, einen Spaziergang zu machen, und lud den Fremden ein, ihn auf denselben zu begleiten. Während beide so vor dem Curiaal auf- und niedergingen, entspann sich, wie L. Peyramont berichtet, folgendes Gespräch:

Der Fürst: Es ist für mich ein unerschütterlicher Grundsatz geworden, keinen Journalisten zu empfangen, wie ausgezeichnet er auch sein mag, und nur aus Freundschaft für den hervorragenden Staatsmann, der Sie mir so warm empfiehlt, mache ich für Sie eine Ausnahme. Sie werden aber nicht erwarten, daß ich der Zurückhaltung anreue werde, welche mir die gegenwärtigen Umstände auferlegen. Seit mehr als 24 Jahren leite ich die auswärtigen Angelegenheiten Rußlands. Aus Rücksicht auf meine Gesundheit habe ich schon häufig bei Sr. Maj. darauf gedrungen, mir den Abschied zu geben und noch kürzlich habe ich dieses Ansuchen wiederholt; allein der Kaiser hat bisher von meinem Rücktritte nichts wissen wollen und doch zähle ich jetzt 81 Jahre und 2 Monate, bei welchem Alter man wol daran denken darf, sich auszuruhen.

Ich: Durchlaucht scheinen sich aber des besten Wohls zu erfreuen.

Der Fürst: Ja wohl, die zwei Monate Wildbad und Baden haben mir sehr gut angefallen, noch mehr aber die Enthaltung von jeder politischen Arbeit. Deshalb habe ich in Petersburg dringend gebeten, mich während meines Urlaubs in keinem Falle von Politik zu unterhalten.

Ich: Wenn man, wie Ew. Durchlaucht, an die tägliche Beschäftigung mit diesen großen Fragen gewöhnt ist, muß es gleichwol nicht leicht sein, ihnen vollständig den Rücken zu kehren.

Der Fürst: Vollständig, das wäre allerdings zu viel gesagt, aber ich beschäftige mich damit nur sehr wenig. So glaubt man z. B. in den politischen Kreisen, daß die gereizte Polemik, welche in der letzten Zeit zwischen unserer und der deutschen Presse geführt wurde, eine meiner Haupt Sorgen gewesen sei: das ist keineswegs der Fall, und die leidenschaftlichen Angriffe, denen ich in mehreren berliner Blättern ausgesetzt war, vermochten nicht einen Augenblick, mich aus der Fassung

zu bringen. An ungerechtem Tadel hat es mir zwar seit einigen Tagen nicht gefehlt. Noch gestern sagte ein deutsches Blatt, meine Politik ginge auf Stelzen. Als ob meine Politik nicht bekannt und nicht seit 24 Jahren dieselbe wäre! Was Frankreich betrifft, so erachte ich und habe stets gegen jedermann ausgesprochen, daß eine anhaltende Schwächung Ihres Landes eine beklagenswerthe Lücke im europäischen Concert erzeugen würde. Ohne Zweifel danke ich diesen Gesinnungen, aus denen ich nie ein Fehl gemacht habe, die Freundschaft, mit der mich der deutsche Kanzler beehrt. Zu Ihren Staatsmännern habe ich stets gesagt: „Seid stark! Das ist für euere eigene Sicherheit und für das europäische Gleichgewicht unerlässlich.“ So sprach ich zu Hrn. Thiers und so zum Herzog Decazes, als er mich in Interlaken besuchte. Welches auch die Regierung Frankreichs sein mag, dies werde ich ihm stets predigen und dazu noch viel Mäßigung und Vorsicht in Ihrem Verkehr mit gewissen Mächten.

Ich: Sieht Ew. Durchlaucht nicht für einen gegebenen Augenblick eine Coalition Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und nöthigenfalls Italiens gegen Rußland und Frankreich voraus?

Der Fürst (lächelnd): Aha, da stehen wir an dem Hauptpunkt. (Nach einer Pause.) Die Blätter sprechen davon; aber es ist ein Gegenstand, den wir mit Ihrer Erlaubniß jetzt lieber unerörtert lassen. Was uns Rußen betrifft, so kann ich Sie nur versichern, daß wir einen Invasionenkrieg keineswegs fürchten. Auf alle Fälle ist es aber wohlgethan, auf seiner Hut zu sein, und einer Ihrer berühmten Fabeldichter hat mit Recht gesagt, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist.

Ich: Wie sehr ich auch bedauere, daß Ew. Durchlaucht den von mir ins Auge gefaßten Verwicklungen und Ansichten nicht näher treten mag, begreife ich doch die Erwägungen, welche Sie hierbei leiten; aber man sagt Ew. Durchlaucht eine Gereiztheit gegen den Fürsten Bismarck wegen des Berliner Vertrages und wegen des von ihm in Deutschland eingeführten Zollregime nach.

Der Fürst: Ich bin durchaus nicht gegen den Kanzler gereizt, weil er ein wirtschaftliches System angenommen hat, welches für Rußland unvortheilhaft ist; an seiner Stelle hätte ich wahrscheinlich ebenso gehandelt; denn bei einem Gegenstand wie dieser hatte er lediglich auf die deutschen Interessen Rücksicht zu nehmen. Was den Berliner Vertrag angeht, so würde mich eine Dissertation über dieses Thema zu weit führen. Weber ich noch meine Mitunterzeichner glaubten ein Meisterstück zu schaffen, als wir die einzelnen Bestimmungen dieses Tractats annahmen. Rußland hat dabei jedenfalls eine große Mäßigung und aufrichtige Friedensliebe an den Tag gelegt, für die es auf die Anerkennung aller unparteiischen Leute Anspruch machen darf.

Ich: Um Ew. Durchlaucht nicht lästig zu fallen, will ich nicht weiter in Sie dringen, zumal die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland durch die Zusammenkunft von Alexandrowo, wie es scheint, die alte Herzlichkeit wieder gewinnen werden.

Der Fürst: Die beiden Souveräne lieben und schätzen einander sehr, und dies wird gewiß genügen, um manche Schwierigkeiten zu beseitigen und die leichtsten Differenzen, die hier und da sich ergeben könnten, auszugleichen. Noch einmal — und Sie mögen dies

dadurch bedingt, daß in die Geschäftsordnung eine Menge Bestimmungen aus den „Satzungen“ aufgenommen waren, die man richtiger, als hier überflüssig, aus derselben verwies, wurden ohne viel Debatten angenommen.

Ein Antrag von München, betreffend einen Zusatz zu §. 27 der Satzungen (wegen der lebenslänglichen Pensionen), ward, da er eine Aenderung der Satzungen in sich schloß, als verspätet eingelaufen von dem Referenten Geh. Regierungsrath Bornemann aus Berlin bezeichnet und die Versammlung ging, dem entsprechend, einstimmig darüber zur Tagesordnung.

Man ging sodann über zur Bewilligung einer Anzahl von Pensionen auf Lebenszeit oder doch auf mehr als fünf Jahre. Nach §. 27 der Satzungen stehen solche Bewilligungen lediglich der Generalversammlung zu, jedoch wiederum nur auf Vorschlag des Verwaltungsrathes. Sämmtliche vom Verwaltungsrath gemachte Vorschläge wurden widerstandslos genehmigt; doch ward auf einen von dem Delegirten der Zweigstiftung Leipzig, Professor Wiedemann, gestellten, von der Versammlung einstimmig zum Beschluß erhobenen Antrag zwischen jenen zwei Kategorien von Bewilligungen der strenge Unterschied festgesetzt, daß lebenslängliche Pensionen nur an solche Schriftsteller, beziehentlich deren Hinterlassene, ertheilt werden sollen, bei denen neben der Hilfsbedürftigkeit ein hervorragendes schriftstellerisches Verdienst in den Vordergrund tritt, sodas die Gabe zugleich im vollen Sinne als Ehrengabe im Geiste der Schillerstiftung erscheine. Der Verwaltungsrath selbst hatte seine Vorschläge so motivirt. Hiernach genehmigte die

Versammlung Pensionen auf Lebenszeit für die Tochter Rüdert's, die Witwe Mörike's, die Tochter Eichendorff's, die Witwe Rosen's, die Witwe des österreichischen Dichters J. N. Vogl, die Witwe v. Struensee's (Gustav vom See), endlich für die Dichterin Luise v. François; ferner solche auf mehr als fünf Jahre für die Schriftsteller L. Walestrobe, Leopold Feldmann und Kotter. Eine Anregung des Delegirten von Frankfurt, Dr. Braunfels, wegen der Witwe Gukow's erledigte sich durch die vom Verwaltungsrath ertheilte Auskunft, aus welcher hervorging, daß die Schillerstiftung keineswegs vergessen hat, was sie dem verstorbenen Gukow sowohl als Dichter wie nach seiner Thätigkeit für die Stiftung selbst und ihre Zwecke schuldet.

Hiermit und mit Ernennung eines Revisionsausschusses für das Rechnungswerk der letzten fünf Jahre schloß die Verhandlung des 10. Sept.

Für den zweiten Tag lag außer dem Berichte des obengenannten Ausschusses, nach welchem dem bisherigen Bororte und Verwaltungsrathe Decharge ertheilt ward, nur noch die Wahl des neuen Bororts und die Erneuerung des Verwaltungsrathes vor. Die Wahl des Bororts fiel einstimmig auf Weimar. Der Verwaltungsrath besteht sätzungsgemäß aus sieben Mitgliedern, wovon zwei, darunter den Vorsitzenden, der Borort stellt, die andern fünf so gewählt werden, daß die Generalversammlung die Zweigstiftungen bezeichnet, deren Delegirte Mitglieder des Verwaltungsrathes sein sollen. Der abtretende Borort muß unter diesen Zweigstiftungen sein. Die Wahl der Zweigstiftungen erfolgte nahezu einstimmig. Hiernach wird der neue Verwal-

tungsrath folgendermaßen gebildet: Der neue Borort (Weimar) stellt 2 Mitglieder, der bisherige Borort (Dresden) 1, außerdem die Zweigstiftungen Berlin, Wien, Breslau, Frankfurt a. M. je 1, zusammen 7. Den Vorsitz hat Weimar.

Damit waren die Geschäfte der diesjährigen Generalversammlung beendet. Dieselben waren, wie schon eingangs gesagt, in der allerfriedlichsten und, dank der trefflichen Leitung Duboc's, raschesten Weise erledigt worden. Noch sprach die Versammlung ihren Dank aus Sr. Maj. dem Könige für gnädige Ueberlassung der Räume im sogenannten Prinzenpalais zu den Sitzungen der Versammlung (wie auch schon zu den Sitzungen, für das Archiv u. des Borortes) sowie dem Intendanten des königlichen Hoftheaters, Grafen v. Platen, für den hohen Genuß, den er den Mitgliedern der Generalversammlung durch die höchst vollendete Darstellung von Schiller's „Maria Stuart“, wozu er sie eingeladen, bereitet hatte. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Wessen man sich von den orthodoxen Eiferern zu versehen hat, davon gibt ein berliner Brief des Correspondenzblattes des Deutschen Vereins das kleine Beispiel, daß jüngst bei einer Beerdigung in Berlin eines der Päpste der Hospitallerpartei der Familie der Verstorbene es verboten wollte, bei dem sonst mit allen Ehren stattfindenden Begräbniß das Lied „Es ist bestimmt in Gottes Rath, daß man vom Liebsten, was man hat, muß scheiden“ u. singen zu lassen, und daß über dieses Lied und dessen Christlichkeit sich noch ein widerlicher Zant am Grabe erhob!

Ihren Pa... eine unig... den letzten... haben. I... daß es de... Platz in C... Interesse... sondern f... Frankreich... Civilisatio... Dan... reitung ab... Her... Hr. G... als zuver... „Für... in Paris... die Absich... läme, die... des Brud... werde, da... bedeuten... des Mini... eines Tag... Urlaub ge... anblidte... hinzu: „... lehren.“... um die P... sagte er... wieder!... selben St... er vielm... wünsch... Die L... „Ich bin... gierung b... Nützlinge... Wollen G... erste best... Deutschla... auf. „N... nicht Act... Vorankset... Und währ... alles auf... entgegen... Kurz... Fürsten... und tief... von Peter... Sie nun... Ortom... cases im... werden un... Armee co... stellen, b... werden S... „Doch, e... mag mit... ohne sich... „Da muß... widerte d... Glauben... finde?“... Fort in... hatten die... der Herzog... Marschall... genden T... um das für... nämliche... und nicht... zu besche... Eben... erschieu... Drn. v. B... Militärpa... reich den... von den... fort und... 20 Jahre... tionstermi... ferdwärde... sondern G... Verwahrn... Tagen ler... ein. Dies... tervention... Am 1... zusammen... Bismarck... der engl... mit der... Absicht ge... zeitig sag... schäftsträ...

Ihren Landboten von mir ausdrücken — ich hege eine innige Liebe zu Frankreich und glaube davon in den letzten Jahren überzeugende Beweise geliefert zu haben. Ich erachte es für ein Interesse ersten Ranges, daß es den ihm aus so vielen Gründen gebührenden Platz in Europa einnehme. Es ist dies, sage ich, ein Interesse ersten Ranges nicht bloß für Frankreich, sondern für alle andern Nationen. Eine Absehung Frankreichs wäre ein Majestätsverbrechen gegen die Civilisation.

Damit brach der russische Staatsmann die Unterredung ab.

Herrn Daudet's letzte Enthüllungen.

Hr. Ernest Daudet schließt seine mehr sensationellen als zuverlässigen „Enthüllungen“ im Figaro so: „Fürst Hohenlohe, damals wie heute Botschafter in Paris, ließ in vertrautem Kreise und nicht ohne die Absicht, daß sie dem Herzog Decazes zu Ohren käme, die Aeußerung fallen: „Ich will im Augenblicke des Bruches nicht hier sein. Sobald ich anzeigen werde, daß ich abreise, werdet ihr wissen, was das zu bedeuten hat.“ Nicht gering war also der Schreck des Ministers des Aeußern, als ihm Fürst Hohenlohe eines Tages meldete, daß er am selben Abend auf Urlaub gehe. Da ihn der Herzog Decazes forschend anblinnte, sagte der deutsche Botschafter beruhigend hinzu: „Ich werde schon in einigen Tagen zurückkehren.“ Ein ungläubiges Lächeln spielte wehmüthig um die Lippen des Ministers. „Wie dem auch sei, sagte er, „glückliche Reise und kommen Sie recht bald wieder!“ Aber der Fürst reiste nicht ab, und zu derselben Stunde, da er Paris verlassen sollte, schrieb er vielmehr dem Minister, daß er ihn zu sprechen wünsche.

Die Unterredung fand noch denselben Abend statt. „Ich bin“, sagte der Botschafter, „von meiner Regierung beauftragt, Ihnen zu eröffnen, daß sie Ihre Klagen für eine bedrohliche Handlung ansieht. Wollen Sie davon Act nehmen! Es war dies die erste bestimmte und officielle Mittheilung, welche Deutschland machte. Der Herzog Decazes sprang auf. „Nein“, rief er familiär, „davon nehme ich nicht Act; Ihre Regierung geht von einer ungerechten Voraussetzung aus; Sie selbst wissen es recht gut!“ Und während der ganzen Unterredung bot der Minister alles auf, um die gefährliche Mittheilung nicht amtlich entgegenzunehmen zu müssen.

Kurz darauf sprach er den russischen Botschafter Fürsten Orlow, schüttelte gegen diesen sein Herz aus und rief auf neue die guten Dienste des Cabinets von Petersburg an. „Was werden Sie thun, wenn Sie nun doch angegriffen werden?“ fragte Fürst Orlow. „Wir werden“, entgegnete der Herzog Decazes im festen Tone und auf eigene Faust, „wir werden uns hinter die Loire zurückziehen, dort unsere Armee concentriren und es den deutschen Heeren freistellen, das übrige Frankreich zu besetzen.“ „Das werden Sie nicht thun“, rief Fürst Orlow erregt. „Doch, es ist schon beschlossene Sache, und Europa mag mit verschränkten Armen zusehen, wie Frankreich, ohne sich nur zur Wehre zu setzen, verwaltet wird.“ „Da muß ich doch mit dem Marschall sprechen“, erwiderte der Botschafter, „Sie müssen sich vertheidigen. Glauben Sie, daß ich den Marschall jetzt im Elysee finde?“ „Ich bezweifle es. Er sollte eben heute ein Fort in der Nähe von Paris besichtigen.“ Kaum hatten die beiden Staatsmänner sich getrennt, so eilte der Herzog Decazes, nachdem er vernommen, daß der Marschall seinen Ausflug glücklicherweise auf den folgenden Tag verschoben hatte, zu dem Präsidenten, um dafür zu sorgen, daß derselbe gegen Orlow die nämliche Sprache führe, was auch wirklich geschah und nicht wenig dazu beitrug, die Action Rußlands zu beschleunigen.

Ebenfalls auf Eingebung des Herzogs Decazes erschien nun in der Times der bekannte Alarmruf des Hrn. v. Blowitz. Eine am berliner Hofe sehr mächtige Militärpartei, sagte dieser Correspondent, wolle Frankreich den Krieg erklären, auf Paris marschiren und von dem Plateau von Avron herab die Festung Belfort und eine Indemnität von 10 Milliarden, in 20 Jahren mit 5 Proc. Zinsen und ohne Anticipationstermine zahlbar, fordern. Der Artikel machte merkwürdigerweise in Europa unmittelbar keinen besondern Eindruck; aber von Berlin ließen sich sofort Verwahrungen vernehmen und schon nach einigen Tagen lenkte die deutsche Presse in friedliche Bahnen ein. Diese erfreuliche Wendung war offenbar der Intervention Rußlands und Englands zu danken.

Am 11. Mai trafen die beiden Kaiser in Berlin zusammen und noch an demselben Tage ließ Fürst Bismarck dem Lord Derby seinen Dank für die von der englischen Regierung angebotenen guten Dienste mit der Versicherung aussprechen, daß es nie in seiner Absicht gelegen hätte, den Frieden zu stören. Gleichzeitig sagte Lord Derby zu dem französischen Gesandten Hrn. Savard: „Der Zar hat sich ent-

schlossen, mit Nachdruck zu sprechen und jede Gefahr eines Conflicts ist jetzt beseitigt.“ Am folgenden Tage antwortete der Unterstaatssecretär Bourke im Hause der Gemeinen auf eine Interpellation des Sir Charles Dilke, die Regierung hätte aus Berlin beruhigende Nachrichten erhalten, welche sie zu der Annahme berechtigten, daß der europäische Friede nicht gefährdet werden werde. Graf Derby bestätigte dies Hrn. Savard mit dem Beisatze, daß Graf Schadow von seinem Souverän eine Depesche des nämlichen Inhalts erhalten hätte und daß Fürst Gortschakow noch ein Circular erlassen werde, um Europa zu beruhigen. „Die Kriegsgefahr ist also für den Augenblick beschworen“, fügte Lord Derby hinzu, „ob auch für später, ist eine andere Frage. Doch darf man vielleicht sagen, Deutschland werde aus Rücksicht auf euch keinen Krieg mit Rußland und aus Rücksicht auf Rußland keinen Krieg mit euch anfangen. Es ist uns angenehm gewesen, etwas für Frankreich thun zu können.“

Um dieselbe Zeit bemerkte Kaiser Wilhelm gegen den französischen Botschafter Hrn. v. Gontaut-Biron, alle jene Gerüchte hätten auf grober Uebertreibung und auf Verleumdungen beruht; etwas später äußerte der Deutsche Kaiser gegen den französischen Militärbevollmächtigten Hrn. v. Polignac: „Man hat uns brouilliren wollen; aber jetzt ist das alles vorüber.“

Herr von Puttkamer und der westfälische Klerus.

Die erste bedeutsame Kundgebung des Nachfolgers des preussischen Cultusministers im Amte, des Hrn. v. Puttkamer, liegt jetzt in der Antwort desselben auf die Eingabe der münsterschen Conferenz des Klerus vom 13. Aug. vor, die an den Stadtdechanten Pfarrer Kappen in Münster gelangte. Sie lautet nach dem Westfälischen Merkur:

Berlin, 8. Sept. Ew. Hochwürden und den übrigen mitunterzeichneten Herren katholischen Geistlichen der Diocesen Münster und Paderborn sage ich meinen verbindlichsten Dank für das in der gefälligen Zuschrift vom 13. v. M. mir ausgesprochene Vertrauen. Wenn die in dieser Zuschrift bezüglich des Verhältnisses der kirchlichen Organe zur öffentlichen Volksschule mir vorgetragene Wünsche und Beschwerden an eine Aeußerung anknüpfen, welche ich bei einer andern Veranlassung als Abgeordneter im Schoße des Deutschen Reichstages gethan habe, so nehme ich keinen Anstand, mich zu den am 14. Juni d. J. kundgegebenen Grundsätzen auch gegenwärtig zu bekennen. Ich war und bin der Ansicht, daß die sittlich-religiöse Erziehung und Unterweisung der Jugend in der Schule eine Angelegenheit ist, an welcher der Staat als rechtlicher Träger der Leitung und Beaufsichtigung des gesammten Unterrichtswesens, und die Kirche, die evangelische nicht minder wie die katholische, als christliche Heilsanstalt ein durch gemeinsame Arbeit auf dem Gebiete der Schule zu behandelndes gleiches Interesse haben; und ich wünsche nichts lebhafter, als in den Stand gesetzt zu sein, den berufenen Organen der christlichen Kirchen eine der obigen Auffassung entsprechende fördernde Mitwirkung bei der Pflege der Volksschule einzuräumen. Daß diese Mitwirkung in Bezug auf die katholische Kirche zur Zeit nicht in einem den wahren Interessen der Jugenderziehung entsprechenden Maße stattfindet, ist eine Thatfache, welche ich meinerseits aufrichtig bedauere, für die indess, wie ich nicht ansetzen darf, offen auszusprechen, der Schlüssel in dem Standpunkte gesucht werden muß, welcher die gesammten Ausführungen der gefälligen Zuschrift vom 13. v. M. beherrscht. Ew. Hochwürden und Ihre mitunterzeichneten Herren Amtsbrüder gehen davon aus, daß das Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872 die Schule derart für eine Veranstaltung des Staates erklärt habe, daß die Aufsicht über dieselbe mit Ausschluß jeder andern Berechtigung lediglich im staatlichen Antrage geführt werden solle, und daß damit der organische Verband, welcher zwischen Volksschule und Kirche bestanden habe, gelöst worden sei. Durch die Ausführung dieses Gesetzes sei ein Gegensatz zwischen Schule und Kirche hergestellt, welcher, wenn er andauern sollte, den Klerus zwingen müßte, die katholischen Aeltern vor einem das kirchliche Leben schädigenden Einflusse der Schule zu warnen.

Ich verzichte darauf, die in diesem letzten Satze von seiten des Klerus dem Staate eröffnente Perspective bis in die Consequenzen hinein zu verfolgen, welche sie notwendig auch für das kirchliche Interesse haben müßte, möchte auch die weiter aufgeworfene Frage unerörtert lassen: ob gegenüber der gegenwärtigen Handhabung der Schulleitung die Freiheit des katholischen Bekenntnisses in Preußen gesetzlich noch gesichert sei? Aber darauf sehe ich mich genöthigt bestimmt hinzuweisen, daß der Ausgangspunkt Ihrer Deductionen, als ob das Schulaufsichtsgesetz eine völlige Umwälzung in dem rechtlichen Verhältnisse der Kirche zur Schule mit sich gebracht habe, auf einer irrthümlichen, unhistorischen Auffassung von dem Entwicklungs gange unserer Schulgesetzgebung beruht. Das Gesetz vom 11. März 1872, welches in seinem §. 1 ausspricht: „daß die Aufsicht über alle öffentlichen und Privatunterrichts- und Erziehungsanstalten dem Staate zusteht, und daß demgemäß alle mit dieser Aufsicht betrauten Behörden und Beamten im Auftrage des Staates handeln“, hat neues Recht nicht geschaffen, sondern wesentlich nur einer Säkular von neuem Ausdruck gegeben, auf welcher die Entwicklung und nicht minder die Erfolge unseres gesammten Unterrichtswesens seit länger als einem Jahrhundert beruhen. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß nicht erst das Schulaufsichtsgesetz von 1872 die Schulen als eine Veranstaltung des Staates bezeichnet hat, sondern bereits das Allgemeine Preussische Landrecht, und daß das Recht des Staates, das gesammte Schulwesen zu leiten und zu beaufsichtigen, in diesem grundlegenden Gesetze ebenso wie in zahlreichen ältern und neuern Gesetzen, wie in den katholischen Schulreglements für Schlesien von 1765 und 1801, der preussischen Schulordnung vom 11. Dec. 1845 u. zum prägnanten Ausdruck und zur vollen Aner-

kennung gelangt ist. Ist es nun, wie in der gefälligen Zuschrift selbst bezeugt wird, der katholischen Kirche vor Erlass des Schulaufsichtsgesetzes, wo sie doch lebhaft auch als Beauftragte des Staates gewirkt hat, möglich gewesen, an der religiösen Erziehung der Jugend in Segen sich zu betheiligen, so darf die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß der Kirche auch fernerhin auf diesem Gebiete eine heilsame Mitarbeit vorbehalten sein werde. Jedemfalls möchte ich die Herren Unterzeichner der gefälligen Zuschrift vom 13. v. M. bitten, sich nicht der unzutreffenden Auffassung hinzugeben, als ob der Staat sich antagonistisch oder auch nur gleichgültig in Bezug auf die heilsame Mitwirkung der Kirche bei dem Unterrichte und der sittlich-religiösen Erziehung der Jugend zu verhalten die Absicht habe. Die Annalen des preussischen Unterrichtswesens sind angefüllt von den Beweisen des Gegentheils und ich bin meinerseits der Ueberzeugung, daß mit dem Tage, an welchem wir aufhören würden, für den Volksunterricht aus dem unverstehbaren Heilsbrunnen des Evangeliums die Grundlage zu schöpfen, der Niedergang unsers gesammten nationalen Culturlebens besiegelt wäre. Aber daran wird doch festgehalten werden müssen, daß die Bestimmung über Art, Maß und Umfang der kirchlichen Betheiligung an der Pflege der Schule Sache des Staates sein und bleiben muß.

Daß die katholische Kirche sich bisher noch immer nicht dazu hat entschließen können, sich diesen auch für die Regelung der gesammten rechtlichen Beziehungen zwischen Staat und Kirche allein maßgebenden Standpunkt anzueignen, betrachte ich als die eigentliche Veranlassung des in mehrfacher Hinsicht unerwünschten Zustandes, in welchem sich unser Volksschulwesen in Bezug auf sein Verhältniß zur Religion gegenwärtig befindet. Ew. Hochwürden verlangen die „Beseitigung der den Organen der Kirche bei Ertheilung und Leitung des Religionsunterrichts bisher bereiteten Hindernisse“, ohne einer Erwägung darüber Raum zu geben, durch welche Umstände die Staatsregierung in die Nothwendigkeit versetzt worden ist, einschränkende Verfügungen in dieser Hinsicht zu treffen. Ich muß daher daran erinnern, daß es der beinahe einstimmige und systematische Widerstand der katholischen Geistlichkeit gegen die Staatsgesetze gewesen ist, welcher der letztern an so vielen Orten die Schulen verschlossen hat und noch verschlossen hält. Diese durch den Staat nicht veranlaßte Sachlage kann ich bedauern, aber eine Aenderung im großen und ganzen in ihr herbeizuführen, bin ich nicht eher in der Lage, als bis dem Staate von seiten der katholischen Kirche die thatsächliche Anerkennung seines unantastbaren Vorkaufsrechtes zuteil wird. Dies schließt jedoch, wie ich ausdrücklich hinzusetze, keineswegs meine Bereitwilligkeit aus, in solchen zur beiderseitigen Kenntniß gebrachten einzelnen Fällen, in welchen nachweislich über das durch die nothwendige Abwehr unerfüllbarer kirchlicher Ansprüche gebotene Maß in den Anordnungen und Verfügungen der Behörden hinsichtlich des Verhältnisses der kirchlichen Organe zur Schule hinausgegangen sein sollte, die nach den Umständen mögliche Abhilfe eintreten zu lassen.

Die gefällige Zuschrift vom 13. v. M. bekundet mir ein von mir durchaus gemüthligtes Maß von Vertrauen; ich würde glauben, demselben nur unvollkommen zu entsprechen, wenn ich nicht schließlich dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck geben wollte, daß der Augenblick nicht mehr fern sein möge, wo die veränderte Haltung der katholisch-kirchlichen Organe gegenüber den Staatsgesetzen es der Regierung thunlich erscheinen lassen wird, zur Abstellung der auf dem besprochenen Gebiete hervorgetretenen Schwierigkeiten ihrerseits eine wirksame Initiative zu ergreifen, und wo dann auch eine erspriessliche Betheiligung der Geistlichkeit bei Lösung der Aufgaben des öffentlichen Unterrichts wieder eintreten kann. Ew. Hochwürden stelle ich ergebenst anheim, den Inhalt obiger Erwiderung auf die Zuschrift vom 13. v. M. gefälligst in geeigneter Weise zur Kenntniß der übrigen Herren Unterzeichner bringen zu wollen.

v. Puttkamer.

Rechtsgrundsätze des Reichs-Oberhandelsgerichts.

(Nachdruck verboten. Gesetz vom 17. Juni 1870.)

** Leipzig, im August. Neue Rechtsgrundsätze des Reichs-Oberhandelsgerichts sind folgende:

- 1) Ein Abkommen zwischen einem Arbeitgeber (Fabrikanten u.) und einem Arbeiter, nach welchem ersterer dem letztern die Zusicherung ertheilt hat, daß derselbe gegen Leistung eines gewissen Beitrags von dem Lohne zu der von ihm, dem Arbeitgeber, an eine bestimmte Unfallversicherungsgesellschaft zu zahlenden Prämie bei einem eingetretenen Unfälle diejenige Präsensation erhalten werde, welche die erwähnte Gesellschaft ihren Mitgliedern zu zahlen verpflichtet sei, ist nicht dahin anzulegen, daß der Arbeitgeber nur die Verpflichtung übernommen habe, bei eingetretenem Unfälle die Gesellschaft zur Zahlung der ausbedungenen Entschädigungssumme an den Arbeiter anzufragen oder dem letztern den Anspruch auf diese Zahlung abzutreten, vielmehr ist die Auslegung geboten, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter gegen eine Kürzung des verdienten Lohnes für den Fall einer Verletzung im Verufe diejenige Präsensation verheißen hat, welche die Versicherungsgesellschaft an sich dem Arbeitgeber zu zahlen verpflichtet ist. Der Arbeiter kann eingetretenen Falls nicht an die Gesellschaft verwiesen werden. Die Vereinbarung in Rede ist eine Ausdehnung der nach §. 2 des Reichs-Versicherungsgesetzes eintretenden Verhaftung auf solche Verletzungen im Verufe, für welche das Gesetz den Arbeitgeber nicht verantwortlich macht.
- 2) Ein Indossatar kann sich eines arglistigen Verfahrens wider den Wechselschuldner durch Eintragung der Forderung nicht bloß in der Weise schuldig machen, daß er mit dem Indossanten zu dem Zwecke colludirt, dem Wechselschuldner eine ihm gegen den Indossanten zustehende Einrede zu entziehen, sondern auch in der Weise, daß er, der Indossatar, allein arglistig handelt, indem er einer übernommenen Verpflichtung zuwider gegen den Acceptanten Klage erhebt. Es kommt hierbei nicht darauf an, ob der Indossatar den Wechsel rechtmäßig erworben hat oder nicht, ob insbesondere die Indossation und Uebergabe des Wechsels in der Absicht, das Eigenthum desselben auf ihn zu übertragen, vorgenommen ist oder ob er den ihm zu anderem Zwecke übergebenen Wechsel sich rechtmäßig angeeignet hat.

3) Die Verabreichung des Grundkapitals der Actiengesellschaft durch Beschluss der Generalversammlung ist nicht bloß dann, wenn ein Verlust ermittelt wird, der in dem Abhandlungsbuch baaren Kapitals oder in der Entwerfung vorhandener Werthobjecte oder Activa seinen Grund hat, sondern auch dann zulässig, wenn sich findet, daß gleich bei Errichtung der Gesellschaft die ihre Grundlage bildenden Werthobjecte zu theuer übernommen wurden. Die Gesellschaftsorgane sind verpflichtet, die übernommenen Werthobjecte in den Bilanzen nach dem wirklichen Werthe ohne Rücksicht auf den Uebernahmepreis nach bestem Wissen anzusetzen. Dieser Ansatz ergibt bei zu theuerem Erwerb der Objecte eine Unterbilanz mit den in den Art. 217 und 240 des Handelsgesetzbuches normirten Folgen. Das bilanzmäßige Ergebnis der Mindererschätzung seitens der Generalversammlung muß, soweit es eine Unterbilanz heraufstellt, der einzelne Actionär als Verlust mit Wirkung auf sein Reingewinnbezugsrecht sowie auf sein Votum der Anträge auf Concurserschließung und der Verabreichung des Grundkapitals gelten lassen.

4) Sowol in der Rechtsprechung des preussischen Obertribunals wie in der des Reichs-Oberhandelsgerichts ist anerkannt, daß die Bestimmung des §. 271, Tit. 5, Thl. I, des Preussischen Allgemeinen Landrechts — wonach der, welcher die Erfüllung eines Vertrags fordert, nachweisen muß, daß er demselben von seiner Seite Genüge geleistet habe oder warum er dazu erst in der Folge verbunden sei — auf einen in der Hauptsache erfüllten Vertrag, wenn eine Nebenabrede nicht erfüllt und nicht mehr erfüllbar ist, nicht bezogen und die Gegenleistung wegen Nichterfüllung der Nebenabrede nicht verweigert, sondern aus diesem Grunde nur ein Compensations- oder Entschädigungsanspruch geltend gemacht werden kann.

5) Nach §. 21, Absatz 2, des Reichsgesetzes vom 11. Juni 1870 betreffend das Urheberrecht an Schriftwerken u. s. w. kann nur dann, wenn sich die den Nachdruck enthaltenden Bogen, Lieferungen u. s. w. von den übrigen trennen lassen, nicht aber dann, wenn ein Druckwerk im wesentlichen aus Nachdruck besteht und nur mit geringen unantastbaren Stellen durchsetzt ist, auf theilweise Vernichtung erkannt werden. — Die Reproduktion auch eines erheblichen Theiles eines fremden oder eigenen älteren Werkes ist an und für sich nicht notwendig Nachdruck; es kommt vielmehr darauf an, ob sich diese Reproduktion als eine Verarbeitung des fremden oder älteren Inhalts oder doch als eine zum Zwecke dieser Verarbeitung unternommene Wiedergabe darstellt und ob hierbei die selbständige Geistesarbeit des neuen Werkes überwiegt. Für die Beantwortung dieser Frage kann der Zweck des letztern im Zweifel von entscheidender Bedeutung sein. — Der Thatbestand des durch einen Autor begangenen Nachdrucks wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß das nachgedruckte Werk aus eigenen Abhandlungen desselben Autors besteht, welche er vorher in Zeitschriften veröffentlicht hatte.

6) Wenn die Theilhaber einer offenen Handelsgesellschaft eine zweite Gesellschaft dieser Art unter anderer Firma gründen, so haben, auch wenn aus einem Theile der Gesellschaftsmitglieder der älteren Gesellschaft das Gesellschaftsvermögen der neuen Gesellschaft gebildet worden ist, die Gesellschaftsgläubiger der einen Gesellschaft nicht zugleich die Rechte von Gesellschaftsgläubigern der andern Gesellschaft. Es ist dies besonders wichtig für die Rechtsverhältnisse aus Art. 119—122 des Handelsgesetzbuches.

Deutsches Reich.

× Berlin, 11. Sept. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ist gestern der Mittheilung, daß der neuernannte päpstliche Nuntius Roncetti in München zu weiteren Verhandlungen der Curie mit der preussischen Regierung beauftragt sei, mit der Bemerkung entgegengetreten, der Regierung sei von einem derartigen Auftrage des Nuntius nichts bekannt. Daraus glauben unsere Morgenblätter folgern zu können, daß weitere Verhandlungen mit Rom zur Zeit überhaupt nicht stattfinden. In solcher Deutung berechtigt aber die Notiz der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung keineswegs. Diese Deutung steht auch nicht mit den Thatfachen in Uebereinstimmung. Wenn übrigens die Germania wiederholt fordert, daß die Regierung vor den Wahlen sich über ihre Absichten hinsichtlich des Culturkampfes ausspreche, so dürfte das wol nicht ernst gemeint sein. Die Regierung steht nicht nur im Schriftwechsel mit dem Papste, sondern hat auch durch anderweite Erklärungen wiederholt ihren entschiedenen Willen hinsichtlich der Beendigung des Culturkampfes dahin kundgegeben; daß sie während der schwebenden Verhandlungen mit der Curie ihre Stellung zum Gegenstande von Mittheilungen an die Öffentlichkeit machen werde, wird wol kein Verständiger erwarten.

— Aus den Tagen des Aufenthalts des Kaiserpaars in Königsberg werden noch mancherlei charakteristische Züge gemeldet. Welchem Ansturm die Gnade des Kaisers und der Kaiserin ausgesetzt war, geht daraus hervor, daß die im Civilcabinet und bei der Hofdienerschaft eingereichten oder in die vorüberfahrenden Equipagen der kaiserlichen Herrschaften geworfenen Bittschriften täglich zwei große Ledermappen reichlich füllten. Und jedes dieser Schreiben wurde freundlichst aufgenommen und sofort behufs weiterer Entschliessung den Localbehörden zum Bericht über die Verhältnisse des Bittstellers übersandt. Als der Kaiser am Montag nach dem Südbahnhofe fuhr, um von dort sich nach dem Wandverterrain zu begeben, verfolgte eine alte Frau den kaiserlichen Wagen im vollsten Laufe und hielt einen Brief in die Höhe. Unverdroffen setzte sie ihren Lauf fort, bis der Kaiser in der Sattlergasse hiervon Kenntniß erlangte und den Befehl gab, den Wagen anzuhalten. Mit eigener Hand nahm er der Frau den Brief ab, nickte ihr freundlich zu und legte seinen Weg fort. — Als der Kaiser auf der

Rückkehr vom Wandver durch die Juntergasse fuhr, wollte ein junges Mädchen einen Bittbrief in den Wagen werfen. Als der Brief aber vorbei und auf den Wagentritt fiel, neigte sich der Kaiser hinaus und hielt mit dem Stod den Brief so lange fest, bis das Mädchen aus der Menge hervorgeilte, den Brief nahm und ihn nun dem Kaiser überreichte.

Wie die Elbinger Zeitung meldet, richtete der Kaiser, als er auf seiner Reise von Alexandrowo nach Königsberg in Elbing die auf dem Bahnhose aufgestellten Corporationen begrüßte, an die Geistlichen beider Confessionen unter andern folgende Worte: „Ja, meine Herren, auf Religion und Schule beruht die ganze Zukunft unserer Nation.“ Weiter vorschreitend äußerte der Kaiser, beim Kaufmännischen Verein angelangt, zum Vorsitzenden des Vereins und zu den in dessen Nähe stehenden Herren ungefähr Folgendes: „Handel und Wandel liegen sehr danieder. Hoffen Sie mit mir, meine Herren, daß die neuere Gesetzgebung den Aufschwung bringe. Aber, meine Herren, in 14 Tagen kann die Besserung nicht eintreten; die Gesetze müssen sich erst bewähren.“

— Der Lamburgische Correspondent würdigt die Bedeutung der Kaiserbegegnung, wol mit Recht, sehr hoch. „Die Begegnung in Alexandrowo“, schreibt er, „enthält eine förmliche Demonstration. Kaiser Alexander hat nicht nur seinem kaiserlichen Oheim die Gefinnungen persönlicher Freundschaft ungeschwächt bewahrt, er hat nicht nur durch die politischen Ereignisse der letzten beiden Jahre sich nicht veranlaßt gesehen, in der politischen Stellung des mächtigen Osterreichs, dessen Oberhaupt er ist, zu Deutschland eine grundstörrende Veränderung eintreten zu lassen, sondern er hat auch Werth darauf gelegt, der Welt ausdrücklich zu zeigen, daß dem so sei. Indem er den Kaiser Wilhelm einlud, auf seiner Reise zu den Mandvern in der Provinz Preußen einen eintägigen Halt in der Grenzstation Alexandrowo zu nehmen, und ihm selbst dorthin entgegenreiste, hat er damit aller Welt verkündet, daß das Programm russisch-deutscher Freundschaft nach wie vor das seine ist und daß an derjenigen Stelle, welche in Russland mehr als in irgendeinem andern europäischen Staate Ausgang und Endpunkt aller politischen Entscheidung ist, keinerlei Neigung besteht, sich durch die persönlichen Bestimmungen eines alten Mannes beeinflussen zu lassen, der zwar einer der höchsten Beamten des Staates, aber dabei doch immer nicht mehr als der Diener seines Herrn ist. Natürlich gehen wir nicht so weit, zu glauben, daß damit nun auch überhaupt all und jeder Stroll aus allen russischen Herzen verschwinden, jede Möglichkeit der Entstehung sachlicher Differenzen ein für allemal abgeschnitten seien. Die Idee des expansiven Panlawidismus hat in Russland zu weite Wurzeln gefaßt, ihre Ausnützung als gefügiges Werkzeug, sowol nach auswärts gegen die Nachbarn wie nach innen zur Ablenkung unbehaglicher Aufregungen, ist zu verlockend, als daß sie nicht von Zeit zu Zeit wieder gegen das mächtige germanische Reich sich heranwälzen sollte, das der Ausführung dieser Idee als festestes Bollwerk gegenübersteht und in seinem eigenen Interesse stets gegenübersehen muß.“

Der Schwäbische Merkur erörtert die Frage, ob Fürst Bismarck die Sendung des Feldmarschalls v. Manteuffel nach Warschau verabredet habe oder nicht, und kommt zu folgendem Schlusse: „Das wirkliche Verhältnis ist vermuthlich das: daß der Reichskanzler keinen Antheil an jener Action hatte, weil er sich davon keine Wirkung versprach, daß er derselben aber auch nicht entgegengetreten wollte, weil er wußte, daß er damit in Herzensangelegenheiten des Kaisers eingreifen würde. Wenn die Norddeutsche Allgemeine Zeitung nach den neuesten Telegrammen darauf hinweist, daß ja die Sendung Manteuffel's und selbst die Reise des Kaisers nichts genügt habe, sofern das Fegen der russischen Presse gegen Deutschland auch nach Alexandrowo noch seinen Fortgang habe, ja einen neuen Aufschwung nehme, so scheint sie damit feststellen zu wollen, daß die Voraussicht des Reichskanzlers sich bewährt habe. Was nun nach der Ansicht des Reichskanzlers im einzelnen zu geschehen habe, um das wieder ins Gleis zu bringen, was zwischen Deutschland und Russland sich verfahren hat, darüber findet sich nirgends eine Andeutung. Offenbar aber meint der deutsche Reichskanzler, daß Russland noch etwas gut zu machen habe, und es ist ihm darum zu thun, daß die Welt das erfahre. In der Hinweisung auf die fortgesetzten Degartikeln der russischen Presse liegt die Mahnung, endlich die Quelle zu verstopfen, der jene trübten Wasser entfließen.“

Der londoner Daily Telegraph erfährt aus „hoher und absolut sicherer“ berliner Quelle Folgendes über die Kaiserbegegnung von Alexandrowo: „Sobald der Zar von der gasteiner Entrevue zwischen Bismarck und Andrassy Kenntniß erhielt, schickte er ein eigenhändiges Schreiben an den Deutschen Kaiser, worin er sein Befremden über diese neue Freundschaftsmanifestation zwischen Oesterreich und Deutschland ausdrückte. Darauf betraute Kaiser Wilhelm Herrn v. Man-

teuffel mit der Mission an den Zaren, um denselben bezüglich der gasteiner Entrevue zu beruhigen; er wünschte aber auch, Manteuffel solle irgendwelche freundliche Botschaft von Bismarck mitbringen, weshalb Manteuffel instruirte wurde, sich mit Bismarck in Verbindung zu setzen. Bismarck aber schlug dies rundweg ab, worauf der Kaiser sich zur Reise nach Alexandrowo entschloß.“

— Aus Berlin vom 10. Sept. schreibt man der Röllnischen Zeitung: „Ueber den Erfolg der Rundreise des rumänischen Ministers des Auswärtigen, Boerescu, bei den europäischen Cabineten, um die durch den Berliner Vertrag verheißene Emancipation der Juden in Rumänien zu umgehen, sind vielfach Angaben verbreitet, welche nach Annahme hiesiger diplomatischer Kreise nicht als richtig gelten können. Zunächst hat sich in England gar keine Geneigtheit zu erkennen gegeben, auf eine Modification des Berliner Vertrages einzugehen, während auch der Minister Baddington in Frankreich, auf dessen Gewinnung für seine Zwecke der rumänische Minister so große Hoffnungen gesetzt hatte, doch nur sehr bedingungsweise sich bereit erklärt hat, die Wünsche der rumänischen Regierung zu unterstützen. In Deutschland steht man auf dem Standpunkte Englands und hat gar keine Neigung, sich den rumänischen Auslegungsanfichten zu fügen. Wenn es nur auch wahr sein sollte, daß man in Italien und Oesterreich für die rumänische Auffassung sich erklärt hätte, so wäre hiermit doch nichts erreicht, und es scheint somit, daß die Mission ziemlich resultatlos gewesen ist.“

— Der ausburger Allgemeinen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 8. Sept.: „Mit dem Inkrafttreten der Reichs-Justizgesetze am 1. Oct. v. J. geht die Wirksamkeit des Reichs-Oberhandelsgerichts auf das Reichsgericht über, in welchem ein oder zwei besondere Senate mit den Handelsfachen aus ganz Deutschland in letzter Instanz sich zu besassen haben werden. Beim Reichs-Oberhandelsgericht sind allerdings gegenwärtig drei Senate thätig, und dieselben haben vollauf zu thun; da aber ebenso bei Handelsfachen wie bei den übrigen Civilprocesssachen nur die Sachen, welche einen den Betrag von 1500 M. übersteigenden Werth repräsentiren, revifibel sind, so wird nahezu die Hälfte der bisher vom Reichs-Oberhandelsgericht erledigten Sachen gar nicht an das Reichsgericht gelangen können, und deshalb wird die Bildung eines oder höchstens zweier Handelsenate genügen. In der Sache selbst ist allerdings im Interesse der einheitlichen Rechtsprechung diese Beschränkung der Wirksamkeit des Reichsgerichts in Handels- und Wechselfachen zu beklagen, da für diese Rechtsgebiete einheitliche Reichsgesetze bestehen; und die Erledigung der zahlreichen minderwerthigen in letzter Instanz durch die Oberlandesgerichte, resp. die höchsten Landesgerichtshöfe, erfolgen wird. Andererseits wird aber die Beschränkung der Wirksamkeit des Reichsgerichts auf die bürgerlichen Rechtskreistigkeiten über Sachen von sehr erheblichem Werth einen wohlthätigen Einfluß darauf ausüben, daß sich das Reichsgericht nicht so leicht daran gewöhnen wird, nach einem von ihm gefaßten Präjudicat wiederkehrende analoge Sachen zu entscheiden, ohne von neuem die streitige Rechtsfrage in eine nähere Erwägung zu ziehen. Denn die große Anzahl von analogen Sachen mindern Werthes, welche bisher vom preussischen Obertribunal und andern deutschen höchsten Gerichtshöfen fortgesetzt zu erledigen waren, zwang diese Gerichtshöfe behufs der Bewältigung des zahlreichen Stoffes sich Präjudicate zu bilden und dieselben sehr oft als Normen ihren künftigen Entscheidungen zu Grunde zu legen, ohne auf ihre Begründung von neuem einzugehen.“

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurde verboten der im Verlage der Volkshuchhandlung in Hottingen-Büsch erschienenen illustrierten Volkskalender auf das Jahr 1879 mit dem Titel „Der Republikaner“, herausgegeben von Reinhold Kuegg.

Preußen. × Berlin, 11. Sept. Der Minister des Innern hat in einer Circularverfügung die Provinzialbehörden auf die Dringlichkeit der Förderung und Gründung von Vereinen zur Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen aufmerksam gemacht. Nach den in der neuesten Zeit darüber eingegangenen Berichten sind solche Vereine mit segensreichem Erfolge thätig. Doch haben die Bestrebungen, welche diesem Zweck zugewandt sind, noch nicht überall die wünschenswerthe Vorbereitung gefunden. Ungeachtet der Schwierigkeiten, mit denen die Thätigkeit solcher Vereine verbunden ist, sprechen die bisherigen Erfahrungen dafür, daß es bei gehöriger Leitung möglich sein werde, das öffentliche Interesse für die Wichtigkeit der Gefangenenfrage anzuregen und die Mitwirkung von Männern zu gewinnen, die sich der Aufgabe unterziehen, dem Strafgefangenen durch Rath und That zur Rückkehr in geordnete Erwerbsverhältnisse und zu einem religiös-sittlichen Leben behilflich zu sein. Vornehmlich sollen die Strafanstaltsdirectoren und Strafanstaltsgeistlichen sowie die mit den Strafanstaltsangelegenheiten betrauten Mitglieder der König-

lichen Reg. durch Bee. bestrebungen. Regierung. Behilfen. sich empfind. schaffung. in Düsseldorf. sängnisgef. nädlichen. Thätigkeit. — Die. Minister. westfälis. Actenstück. Erlassen d. trüstem T. licher Unt. System B. das absolv. seinen Con. aus der. Schule un. Forderung. des Staat. reden von. spräche, d. der. sch. enblich. Maß jener. schaffen, sonderbare. ihm das. zuerkennen. mehr als. nung auf. des Cultu. lisen, bei. lüßig zu. die wir w. die und sel. die und sel. Parole lan. und Schul. Thär. Der Lan. rung des. wirten Ste. das Fürst. konnte, un. Bei den g. Besteuerung. der zustän. wendung. Hauptstrom. Eine huma. die städtis. Dritten (n. mittel une. segendvoll. der Lage. beschaffen. stehenden g. stimmig ge. Mittheilun. Jahr 188. Mehrzufsch. Im p. selben, Fr. die er au. in Wien. Grafen A. richt einige. die Frage, tigten poli. der Minist. Wir hal. Constituiru. dieses Men. in Wien sel. rität sich u. verschoben. der französi. ist der Ein. Berathunge. Dieses für. unsern Ric. Bemühunge. war in dem. war ich ene. mit meincm. zu weit säh. Geden vera. Ich müßte. in Bezug at. Wir ist es. ich ihnen v. ten preisge. rathe gröse. im Rahmen. sollen. Wi. Thrigen, ab.

lichen Regierungen die Sache nach Kräften unterstützen durch Vereinsbildung und Förderung der Vereinsbestrebungen. Für diesen Zweck hat der Minister den Regierungen gestattet, in geeigneten Fällen mäßige Beihilfen den Gefängnisvereinen zu gewähren. Schließlich empfiehlt der Minister den Regierungen die Anschaffung der Jahresberichte der seit 50 Jahren in Düsseldorf bestehenden Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft, welche in vielfacher Hinsicht einen nützlichen Anhalt für eine zweckmäßige Regelung der Thätigkeit der Gefängnisvereine gewähren.

Die Germania bemerkt zu der Antwort des Ministers v. Puttkamer auf die Eingabe des westfälischen Clerus: „Formell zeichnet sich das Actenstück in vortheilhafter Weise vor den Fall'schen Erlassen aus, die ihre Stärke vornehmlich in etwas kräftigerem Tone suchen; materiell ist indessen ein wesentlicher Unterschied zwischen dem System Fall und dem System Puttkamer nicht zu finden. Beide verteidigen das absolute Schulaufsichtsrecht des Staates, das in seinen Konsequenzen eben zur Ausweisung der Kirche aus der Schule und zur völligen Trennung von Schule und Kirche führt; beide stellen die principielle Forderung des unveräußerlichen Gesetzgebungsrechts des Staates auch in kirchlichen Angelegenheiten; beide reden von einer Abwehr unerfüllbarer kirchlicher Ansprüche, zu der angeblich der Staat auf dem Gebiet der Schule genöthigt ist. Hr. v. Puttkamer erklärt sich endlich bereit, in einzelnen Fällen, wo über das Maß jener Abwehr hinausgegangen sei, Remede zu schaffen, ähnlich wie Hr. Fall wiederholt mit seinem sonderbaren Pathos im Landtage Abhilfe zusagte, wo ihm das Bedürfnis dazu nachgewiesen werde. Anzuerkennen bleibt demnach an dem Actenstück nicht viel mehr als die Form, die friedlich klingt und der Hoffnung auf bessere Zeiten Ausdruck gibt. Die Antwort des Cultusministers ist eine Mahnung an die Katholiken, bei den Wahlen nicht in vertrauensseligem Hoffen lässig zu sein, sondern eingedenk der heiligen Güter, die wir wieder zu erringen haben, mit demselben Eifer und derselben Energie in den Wahlkampf einzutreten, die uns früher zum Siege geführt haben. Unsere Parole lautet: „Nieder mit dem System Fall in Kirche und Schule!“

Thüringische Staaten. 3 Oera, 10. Sept. Der Landtag hat den Gesetzentwurf wegen Besteuerung des Gewerbebetriebes mit auf die Hälfte ordinären Steuersätzen angenommen. Er ist damit den das Fürstenthum umgebenden Staaten gefolgt und konnte, um sich zu schützen, nicht länger zurückbleiben. Bei den gegen diese wesentlich niedrigeren Sätze der Besteuerung und, wenn diese, wie zeitlich, nicht von der zuständigen Behörde in gehöriger Weise zur Anwendung kommen, ist zu befürchten, daß sich der Hauptstrom der Hausirer unserm Lande zuwenden wird. Eine humane und nachahmenswerthe Einrichtung haben die städtischen Behörden beschlossen, den Zöglingen der Dritten (niedrigsten) Bürgerschule die Lehr- und Lernmittel unentgeltlich zu liefern, wodurch der Unterricht segensvoll gefördert wird, da oft die Aeltern nicht in der Lage waren, den Kindern die nöthigen Bücher zu beschaffen. Der Gemeinderath hat den dadurch entstehenden Aufwand von jährlich circa 1000 M. einstimmig genehmigt. Bemerkenswert sei hierbei, daß nach einer Mittheilung des Gemeinderathsvorstandes für das Jahr 1880 der Etat der Schüler abermals einen Mehrzuschuß von circa 10000 M. erfordern wird.

Oesterreich - Ungarn.

Im pariser Globe veröffentlicht der Redacteur desselben, Dr. J. Lafond, den Inhalt einer Unterredung, die er auf seiner Rückreise aus Ungarn nach Paris in Wien mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Taaffe gehabt. Wir entnehmen diesem Bericht einiges. Dr. Lafond fragte: „Erlauben Sie mir die Frage, Excellenz, welche sind gegenwärtig die wichtigsten politischen Tagesfragen?“ Hierauf antwortete der Minister:

Wir haben zwei sehr wichtige Fragen. Die eine ist die Constitution des neuen Reichsrathes, welcher mit Ende dieses Monats zusammentritt. Wenn Sie zu jener Zeit in Wien sein würden, so wären Sie Zeuge, wie die Majorität sich unter Parteiverhältnissen constituirt, die grundverschieden sind von jenen, auf Grund deren die Majorität der französischen Kammer sich organisirt. Die andere Frage ist der Eintritt der Czaren in den Reichsrath, von dessen Beratungen sie sich seit 15 Jahren fern gehalten haben. Dieses für die Vereinigung der verschiedenen Nationalitäten unsers Reiches höchwichtige Ereigniß ist die Frucht meiner Bemühungen. Noch zur Zeit, als ich Minister des Innern war in dem Cabinet, dessen Vorsitzender Stremaier gewesen war, ich energisch bemüht, diese Thatsache vorzubereiten, die mit meinem Ministerpräsidenten realisiert wurde. Es würde zu weit führen, alle jene Gründe anzuzählen, welche die Czaren veranlassen, dem Reichsrathe so lange fern zu bleiben. Ich möchte Ihnen die Rechte detailliren, welche die Czaren in Bezug auf die Selbstständigkeit Böhmens sich vorbehalten. Mir ist es gelungen, die Dissidenten zurückzubringen, indem ich ihnen versicherte, daß sie dadurch nichts von ihren Rechten preisgeben; daß im Gegentheil ihre Rechte im Reichsrathe größere Berücksichtigung finden werden und daß sie im Rahmen der bestehenden Verfassung befriedigt werden sollen. Wir dürfen von keiner Einheit träumen gleich der Iyrien, aber wir können das Gleichgewicht herstellen.

Lafond: „Die tschechischen Abgeordneten bilden ein ansehnliches Element des Reichsrathes?“ Graf Taaffe: „Jedenfalls; ihre Zahl beträgt mehr als 40, und es gibt ausgezeichnete Persönlichkeiten unter ihnen, wie Dr. Rieger, Graf Clam-Martinić.“ Lafond: „Dies sind die Herren, welche Baron Raas unlängst aufgesucht hat. Die Presse hat sich mit diesen Besuchen viel beschäftigt.“ Graf Taaffe: „Ja wohl; allein es ist dies ein rein ungarischer politischer Standpunkt. Baron Raas hatte nur den Zweck, zu versuchen, diese Herren mit der ungarischen Partei der Conservativen in Einklang zu bringen. Aus diesen wenigen Worten können Sie ersehen, was sich für die künftige Session vorbereitet. Was die innere Organisation eines Landes betrifft, kann, glaube ich, für die Presse nicht gleichgültig sein. Wenn der Zusammentritt der französischen Kammern nach Paris, welchem unsere Presse mit sympathischer Aufmerksamkeit folgen wird, nicht Ihre ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, so wollen Sie auch die politischen Verhältnisse Oesterreich-Ungarns zum Gegenstande Ihres Studiums machen. Der Vertreter der Globe wird in meinem Ministerium stets ein willkommener Gast sein. Der Reichsrath wird am 26. Sept. eröffnet. Der erste Gegenstand wird die Erklärung der Czaren sein, welche der Telegraph Ihnen übermitteln wird. Drei Wochen später beginnt die Adressdebatte. Um diese Zeit müssen Sie kommen.“

In einem wiener Artikel der Kölnischen Zeitung über die auswärtige Politik und Stellung Oesterreich-Ungarns heißt es nach einer objectiv gehaltenen Würdigung der auswärtigen Beziehungen Oesterreich-Ungarns: „Es bleibt demselben, wenn es sich nicht isoliren will, nur die Wahl zwischen einer Anlehnung an Frankreich oder Deutschland. Einmal bietet aber die französische Republik trotz ihres unläugbaren Wiederaufblühens keine feste Stütze für die auswärtige Politik eines andern Staates. Sodann weiß man hier in Oesterreich gut genug, daß es vorzugsweise nur die offenen und geheimen Revanchepolitiker in beiden Staaten sind, welche ein österreichisch-französisches Bündniß gegen Preußen-Deutschland predigen, Politiker insbesondere, denen die neue Basis, auf welche sich der habsburgische Kaiserstaat gestellt hat, sehr mißfällt, denen der Dualismus ein Greuel ist. Gewiß aber ist, daß ein erster patriotischer Staatsmann in Oesterreich eine Politik der Revanche für 1866 nie mehr versuchen kann und wird, und daß insbesondere derartige Versuche an dem jetzigen Kaiser auch nicht den geringsten Rückhalt finden würden. Franz Joseph hat sicherlich von allen Oesterreichern die Ereignisse von 1866 am allerschwersten verstanden, aber heute ist er mit der Neugestaltung Deutschlands ausgeöhnt, und gerade sein warmster Wunsch ist, daß der leitende Staatsmann Oesterreichs stets mit demjenigen des Deutschen Reiches Hand in Hand gehen möge. Manchem Erzherzog wird diese Bestimmung des Kaisers in der unzweideutigsten Weise zu erkennen gegeben. Was für ein Urtheil die Geschichte über den Grafen Andrassy fällen mag, Eins soll nicht geleugnet und dem scheidenden Minister nicht bestritten werden: es ist in hervorragender Weise sein Verdienst, erkannt zu haben, daß für Oesterreich das einzige Heil darin lag, streng in den Bahnen enger politischer Freundschaft mit Deutschland zu wandeln. Die erste und schönste Aufgabe seines Nachfolgers wird es sein, dieses enge Zusammengehen, das die sicherste und beste Bürgschaft des europäischen Friedens ist, zu festigen und zu stärken. Man prüfe ruhig und objectiv die jetzige politische Lage Europas, versuche Combinationen eines Zusammengehens der einzelnen Staaten wie immer auch — eine Combination, die Oesterreich und Deutschland auf entgegengesetzter Seite findet, wird von allen denkbaren die heunrühmendste sein. Das wird vor allem auch für Baron Haymerle, den berühmten Nachfolger Andrassy's, kein Geheimniß sein. Ein Blick nach Rom und Petersburg wird ihn rasch über die Lage belehren. Die Richtung seiner Politik wird keine andere sein können als diejenige, welche ihm von der Ueberzeugung eingegeben wird, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn aufeinander angewiesen sind, und daß eine derartige Politik ihm das Wichtigste für jeden Staatsmann erwerben wird: das Vertrauen nach drinnen und draußen.“

Ueber die bevorstehenden Veränderungen im Ministerium des Aeußern sowie über die nächstliegenden Pläne des Grafen Andrassy schreibt man dem Elend aus Wien: „Graf Andrassy wird das auswärtige Amt seinem Nachfolger, Baron Haymerle, wahrscheinlich am 25. Sept. übergeben. Zu derselben Zeit erfolgt auch der Wechsel bezüglich des Barons Bela Dreyz, der zum ungarischen Minister am königlichen Hoflager ernannt werden wird und an dessen gegenwärtige Stelle als Staatssecretär für auswärtige Angelegenheiten Hr. Benjamin v. Kallay tritt. Hofrath Doczy und Hofsecretär Pechy verbleiben auch fernerhin in ihren bisherigen Stellungen. Allen diesen Veränderungen geht der Besuch des Fürsten Bismarck voraus, der wahrscheinlich am 20. Sept. eintreffen wird.“

Graf Andrassy reist sofort nach Hause und verbleibt insoweit auf seinen Besitzungen, bis im ungarischen Oberhause die meritorischen Sitzungen beginnen, resp. die Delegationscampagne angeht. Es ist übrigens möglich, daß er schon zu Beginn des Reichstages nach Pest kommen wird, um sich dem liberalen Parteiclub als neues Mitglied vorzustellen.“

Aus Prag vom 10. Sept. wird der „Presse“ berichtet: „Der Kronprinz Erzherzog Rudolf reiste gestern Abend mit Urlaub nach Wien ab. Vorher hielt er an die zu beurlaubende Mannschaft seines Regiments in der festlich geschmückten Kaserne folgende Ansprache: „Wir gehen morgen auf Urlaub, zu unsern Aeltern, Geschwistern und Freunden. Wir haben euch alle gern gehabt und wenn wir gegen jemand streng sein mußten, so geschah dies nur, weil es der Dienst verlangte. Die Herren Offiziere und ich waren mit euch stets zufrieden, denn ihr waret brave, pünktliche Soldaten, auf die man sich in jeder Lage verlassen konnte und die unserm Regiment stets Ehre machen. Seid zu Hause auch so brav und zeigt in eurer künftigen Stellung, daß ihr dem ausgezeichneten Regiment Ziemleick angehört. Ein imiges Andenken halte und stets als zusammen. Wir werden uns vielleicht bald wiedersehen und vielleicht einmal mitammen tapfer kämpfen für Gott, Kaiser und Vaterland.“ Der Kronprinz nahm hierauf die Feldkappe ab und brachte ein Hoch auf Se. Maj. aus, worauf unter den Klängen der Volkshymne das Regiment in stürmische Hochrufe ausbrach und ein Unteroffizier ein Hoch auf den Kronprinzen ausbrachte. Der vom Kronprinzen eigenhändig unterschriebene Urlaubspass wird von allen als theueres Andenken aufbewahrt werden.“

Der „Post“ berichtet man aus Wien vom 10. Sept.: „Kronprinz Rudolf ist heute Morgen mittels der Franz-Joseph-Bahn aus Prag hier angekommen und hat sich sofort nach Schönbrunn begeben. Zwei Stunden nach der Ankunft des Zuges gelangte das Polizeicommissariat in Döbling zur Kenntniß, daß kurz nach 7 Uhr, als der Train die Station Kahlenbergerdorf passirte, irgend ein Individuum ein Wurfgeschloß gegen den letzten Wagon dritter Klasse, in welchem zwei Eisenbahningenieure saßen, geschleudert habe, wodurch eine Fensterscheibe zertrümmert worden. Zwischen diesem Wagon und dem Salomwagen, in welchem sich der Kronprinz Rudolf befand, waren noch 12—15 Waggon erster, zweiter und dritter Klasse. Dieser Vorfall hat zu den verschiedenartigsten Gerüchten Anlaß gegeben, und allgemein hieß es, daß ein Attentat geplant war. Soweit die bisher gepflogenen Nachforschungen ergeben, sind alle diese Gerüchte vollständig unrichtig. Der Polizeipräsident Ritter v. Marx, der selbst die Erhebungen leitete, constatirte, daß höchst wahrscheinlich ein muthwilliger Knabe auf den Feldern nächst dem Kahlenbergerdorf mit den neuartigen Kinderwurfgeschossen gespielt und einen Stein geschleudert habe, der zufälligerweise in ein Waggonfenster des Zuges drang, in dem sich der Kronprinz befand. Derlei Unfälle wurden zudem in den letzten Jahren in Wien wiederholt verübt. Die beiden Ingenieure, die in dem fraglichen Coupé des Waggon dritter Klasse saßen, hatten plötzlich eine schwache Detonation vernommen, und nach der Ursache forschend, entdeckten sie, daß die Fensterscheibe durchlöchert sei. Im Coupé selbst wurde kein Geschloß, auch kein Stein oder irgendetwas ähnlicher Gegenstand vorgefunden. Weitere Erhebungen sind im Zuge.“

Frankreich.

* Paris, 10. Sept. „Man kann nicht umhin, anzuerkennen“, schreibt der Temps, „daß eine sonderbare Fatalität seit einiger Zeit auf den Unternehmungen Englands lastet. Gerade vor einem Monat wünschte sich Lord Beaconsfield laut zu den Vorteilen Glück, die er dem indischen Reiche durch den Vertrag von Sandamal gesichert glaubte, und jetzt verschwindet plötzlich die ganze Frucht eines wol gut geführten, aber mühevollen und kostbaren Feldzuges, überflutet durch das Blut der englischen Legation in Kabul. Was England nach diesem traurigen Ereignisse bleibt, ist die wissenschaftliche Grenze, von der man so viel sprach, was es zu verlieren riskirt, ist die Hoffnung, seinen Einfluß in Afghanistan anders als durch Eroberung und Besetzung herzustellen. ... Ein neuer Feldzug wird folglich eröffnet werden und unter den Vorzeichen des Letztern verbergen sich viele Dornen.“

Aus Paris vom 10. Sept. wird der Kölnischen Zeitung geschrieben: „Es bestätigt sich, daß Prinzessin Clotilde sich weigert, ihren Aufenthalt in Frankreich zu nehmen. Der Prinz Napoleon hatte dies gewünscht, weil er hoffte, daß er durch seine Gemahlin, die eine sehr fromme Dame ist, auf die Alerikalen einwirken könnte. Der Plan einiger Alerikalen Bonapartisten, den Prinzen Napoleon zu bestimmen, zu Gunsten seines ältesten Sohnes zu entsagen und seine Gemahlin mit einer Art von Regentenschaft zu betrauen, hat keine Aussicht auf Erfolg.“

Aus Paris vom 10. Sept. meldet man der Kölnischen Zeitung: „In Ajaccio wurde gestern vor

den Fenstern des Generals Carré de Bellemare, der sich daselbst auf einer Inspectionsreise befand, die „Marschälle“ gespielt. Als gepfeifen wurde, schritt die Gendarmarie ein und nahm den Pfeifer fest. Infolge dessen entstand eine große Aufregung unter der Bevölkerung. Näheres fehlt noch.

— Aus Paris vom 10. Sept. schreibt man der National-Zeitung: „Wie ich erfahre, ist mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß Graf Beust, der sich augenblicklich auf Urlaub befindet, nur nach Paris zurückkehren wird, um sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Der ehemalige Reichskanzler soll sich ins Privatleben zurückziehen wollen. Ob der frühere Votschafter Graf Wimpffen Aussicht hat, den hiesigen Votschafterposten wieder zu erhalten, wird nicht gemeldet. Des Fürsten Hohenlohe Abreise ist bis morgen verschoben worden, wahrscheinlich, um noch mit dem nach Paris zurückgekehrten Waddington zu conferiren.“

Großbritannien.

† London, 10. Sept. Während der Schachkanzler in seiner vorgestrigen Rede in Exeter sein unbedingtes Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Bestimmungen Jakub-Khan's aussprach, drückt der heutige Standard in dieser Hinsicht sich weit weniger vertrauensvoll aus und bemerkt: „Seit der Nachricht, daß Jakub-Khan mit fünf seiner Begleiter belagert sei, ist keine weitere Nachricht vom Emir eingelaufen. Dies ist zum mindesten befremdend, da, wenn er getödtet worden wäre, die Nachricht hiervon uns sicherlich gekommen sein würde; er kann kaum während all dieser Zeit belagert gewesen sein, denn Volkshäuser zerstören sich ebenso rasch, als sie sich ansammeln. Wenn Jakub-Khan aber nicht belagert oder getödtet, wo steht er denn? Wenn wir seinem Bericht Glauben schenken wollen, so ist anzunehmen, daß er unverzüglich über unsere Grenzen fliehen werde; allein er ist nicht entflohen. Er verbleibt allem Anschein nach in Kabul. Es ist unmöglich, sich der Ueberzeugung zu verschließen, daß sein Verhalten einigermassen verdächtiger Natur ist. Seine Vernachlässigung jeder Vorsichtsmaßregel zum Schutze der Mission gab zu denken; sein langes Schweigen berechtigt zu der Befürchtung, daß er nicht den moralischen Muth besessen, dem Verlangen des fanatischen Theiles seiner Unterthanen zu widerstehen. Es würde ungerecht sein, weitere Zweifel über sein Verhalten verlauten zu lassen, ehe weitere Einzelheiten bekannt geworden sind: allein sein beharrliches Schweigen läßt mehr und mehr befürchten, daß er nicht der starke Allirte Englands ist, für den man ihn gehalten hatte.“

Der Daily Telegraph bemerkt dagegen, daß bisher kein ungünstiges Licht auf die Loyalität Jakub-Khan's gefallen sei; jedensfalls aber müßten die britischen Truppen nach Kabul marschiren, sowohl um die hingerichteten Landbesitzer und die beleidigte britische Flagge zu rächen, als um dem Freunde und Allirten Jakub-Khan zu Hilfe zu kommen. Letzterer könne sich als solcher nur halten, wenn der Vormarsch ohne Verzug stattfände. Der Beleidigung müsse eine exemplarische Bestrafung auf dem Fuße folgen. Möglicherweise müsse England Afghanistan entwarfaffen und regieren.

Ueber den preussischen national-liberalen Wahlausruf läßt sich die Times wie folgt vernehmen:

Ein Blick in den Aufruf der deutschen national-liberalen Partei, der jetzt mit Bezug auf die bevorstehende Wahl veröffentlicht wird, läßt unsere Gedanken um 200 und mehr Jahre unserer eigenen parlamentarischen Geschichte zurück. Das Actenstück liest sich merkwürdig ähnlich jenen kräftigen und entschlossenen Forderungen, wie z. B. die Position of rights, die in den massigen Sammlungen von Rawsworth und andern für uns aufbewahrt sind. Das Document enthält in der That nichts Neues; es ist eine klare und gemäßigte Inanspruchnahme verfassungsmäßiger Rechte, als des jährlichen Zusammentrittes der Volksvertretung, der Controle über die Besteuerung, des Rechtszustandes in Kirche und Schule etc.

Rußland.

Der Neuen Freien Presse wird aus Kiew gemeldet, daß die dortigen Behörden zahlreiche Juden, zumest Eisenbahnbeamte und Lehrer, ausgewiesen haben, angeblich weil dieselben der Theilnahme an nihilistischen Untrieben verdächtig erscheinen.

Königreich Sachsen.

Die Landtagswahlen.

* Leipzig, 12. Sept. Ein abschließendes Resultat des Ausfalls der Wahlen liegt auch heute noch nicht vor; wir können daher lediglich folgende weitere Einzelheiten geben:

Im 11. städtischen Wahlkreise (Grinna etc.) ist die Wahl für den Bürgermeister Müller in Colbig (L.) gegen den Professor Koch (L.) in Grinna ausgefallen; ersterer erhielt 757, letzterer 499 Stimmen. Dagegen siegte im 12. (Vorna etc.) Bürgermeister Ahnert (L.) mit 851 Stimmen über den Conditor Hofmann (C.), der nur 478 erhielt.

Im 7. ländlichen Wahlkreise (Gerichtsamts Bischofswerda etc.) ward der bisherige Abgeordnete Gutsbesitzer Päßler (C.) wiedergewählt, im 11. (Stolpen etc.) der bisherige Abgeordnete May-Polenz (F.) gegen den Amtshauptmann v. Ehrenstein, ebenso im 18. (Meißen etc.) der Gutsbesitzer Klopfer (C.), im 19. (Riesa etc.) der Rittergutsbesitzer Richter-Baselly (C.), im 27. (Rohrweil etc.) der Professor Richter-Tharand (C.), im 29. (Rochlitz etc.) Rittergutsbesitzer Knechtel (C.), neben welchem Wahlteich (S.-D.) 51 Stimmen erhielt; im 33. (Schöps etc.) der Erbgerichtsbesitzer Heymann (C.). Im 21. (Wurzen etc.) siegte der Rittergutsbesitzer Gabegast (C.), im 38. (Glauchau etc.) Premierlieutenant der Landwehr Gelsble (C.). Die letztgenannte Kreise waren auch bisher conservativ vertreten.

Als „Gesamtergebnis der Wahlen in den städtischen Wahlkreisen“ bezeichnet das Leipziger Tageblatt folgendes. Gewählt seien 8 National-Liberale, 1 gemäßigter Liberaler, 3 Conservative und 1 fortschrittlicher Abgeordneter. Ausgeschlossen waren von den städtischen Abgeordneten 5 national-liberale, 4 conservative und 4 fortschrittliche. Hiernach hätten die National-Liberalen hier 3 Sitze gewonnen, die Conservativen 1, die Fortschrittspartei 3 Sitze verloren. Als fortschrittlicher Abgeordneter ist dabei Dr. A. Walter in Dresden gerechnet, der bekanntlich in der Kammer überwiegend zu den Conservativen gehalten hat.

Das Leipziger Tageblatt macht als auf ein „Unicum“ bei der diesmaligen Landtagswahl auf das Wahlergebnis der Stadt Zwenkau aufmerksam, wo der liberale Candidat Bürgermeister Ahnert sämtliche 318 abgegebene Stimmen, der conservative Conditor Hofmann nicht eine einzige erhielt.

* Leipzig, 12. Sept. Gestern Abend schlugen sich zwei fünfzehnjährige Burschen in der Süßstraße herum. Dabei zog einer derselben sein Taschenmesser, versetzte dem andern zwei Stiche in den Rücken und ergriff hierauf die Flucht. Der Verletzte ward nach der Polizeiwache gebracht und dort ärztlich untersucht und verbunden, wobei sich glücklicherweise herausstellte, daß die Wunden keine gefährlichen waren. Heute früh ward der Bursche, welcher sich des Messers bedient hatte, von der Polizei eingezogen.

Handel und Industrie.

Aus Sachsen vom 5. Sept. berichtet man der Ostsee-Zeitung: Nachdem die Erfahrung eines Monats den Beweis dafür geliefert hat, daß die Ausländer den Butterzoll nicht tragen, und nachdem Zollämter und Consumanten bei dem Finanzministerium Vorstellungen erhoben haben, ist die in dem Zolltarif vorgesehene Erleichterung für die Grenzgebiete für die Bewohner der böhmischen Grenze eingeführt und unter Aufhebung der Verordnung vom 4. Aug. gestatt, daß Quantitäten Butter bis zu 2 Kilogramm im Grenzverkehr wieder eingeführt werden dürfen.

* Bremen, 11. Sept. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 6,95, per October 7,00, per November 7,15, per Januar-Februar 7,30.

* Antwerpen, 11. Sept. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17 bez., 17 1/2 Br., per October 17 1/2, Br., per October-December 17 1/2, Br., per Januar 18 bez., 18 1/2, Br. ruhig.

* Glasgow, 11. Sept. (Rohisen.) Mixed numbers warrants 47 Sp. fest.

* Liverpool, 11. Sept. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig. Middling amerikanische September-October-Vieferung 6 1/2, October-November-Vieferung 6 1/2 D.

Upland good ordinary 6 1/2, Upland low middl. 6 1/4, Upland middl. 6 1/2, Mobile middl. 6 1/2, Orleans good ordin. 6 1/2, Orleans low middl. 6 1/2, Orleans middl. 6 1/2, Orleans fair 7, Fernam fair 7, Santos fair —, Bahia fair 6 1/2, Maccio fair 7, Maranhon fair 7 1/2, Egyptian brown middl. 5 1/2, Egyptian brown fair 7, Egyptian brown good fair 7 1/2, Egyptian white middl. —, Egyptian white fair 6 1/2, Egyptian white good fair 7 1/2, Smyrna fair —, R. S. Broad fair 5 1/2, Dholl. middl. 3 3/4, Dholleraah good middl. 4 1/2, Dholleraah middl. fair 4 1/2, Dholleraah fair 5 1/2, Dholleraah good fair 5 1/2, Dholleraah good 5 1/2, Domra fair 5 1/2, Domra good fair 5 1/2, Domra good 5 1/2, Scinde fair 4 1/2, Bengal fair —, Bengal good fair 4 1/2, Madras Tinnevelly fair —, Madras Tinnevelly good fair 5 1/2, Madras Western fair 4 1/2, Madras Western good fair 5 1/2.

* Bradford, 11. Sept. Wolle träge; wolkene Garne für den Export gefragt; wolkene Stoffe ruhig.

Börsenberichte.

* Berlin, 12. Sept., 12 Uhr 10 Min. Eröffnungscurs. Def. Creditact. 443, —, Def.-Franz. Staatsb. 466, —, Def. Südbahn (Romb.) 139,50, Berg.-Märk. 92,40, Rhein-Mindener 138,50, Galiz. Karl-Ludwigb. 101, —, Rhein. 136,75, Rumän. 37,75, Disconto-Comm. 154,25, Königs- u. Laurahütte 84,10, Def. Post v. 1860 117,60, do. Goldrente 69,10, do. Silberrente 58,60, do. Papierrente 57,60, Russ. Anl. v. 1877 88,70, do. Bankn. 211,70, Deutsche C. 122,50, Ung. Goldrente 79,10, Tendenz: ziemlich fest. Aus Wien bekannter Curs von 11 Uhr 10 Min. doctm. Def. Creditact. 256,40, Def.-Franz. Staatsbahnact. 270,20, Def. Südbahn (Romb.) 91,90, Galiz. Karl-Ludwigb. 233,80, Def. Goldrente 80, —, Deutsche Marknoten 57,80, Napoleonsd'or 9,34, Tendenz: günstig.

* Berlin, 11. Sept., 2 Uhr 55 Min. Fonds. Deutsche Reichsanleihe 98,70, 4proc. consol. Anl. 98,70, 3proc. schf. Rente 75, —, Dester. 1860er Lose 117, —, do. Papierrente 57,20, do. Silberrente 58,60, do. Goldrente 68,90, Ungar. Goldrente 78,90, russ. consol. 3proc. Anleihe 1877 88,70, do. Prämienanl. 153,30, do. Orientanl. II 59,80.

Bankactien. Allg. Deutsche Creditanst. 133,75, Chemn. Banko. 86,75, Darmst. Bf. 130,50, Deutsche Bf. 122,25, Deutsche Reichsb. 154,25, Disconto-Comm. 153,75, Dresd. Bf. 119,50, Geracr Bf. 87,80, do. Handels- u. Creditbank 39,75, Gothaer Bank 96, —, Leipziger Discontobank 77,25, Meiningen Creditanst. 82,25, Schl. Bf. 110,80, Schönk. Banko. 22,50, Thür. Bf. 82, —, Weimar. Bf. 37,75, —, Dester. Creditanst. 441,50, Verh. Handelsgef. 68,25, —, Inhabersactien. Gelsenkirchen 104,75, Königs- u. Laurahütte 83,60.

Eisenbahnactien. Ausg.-Leipziger 165,50, Berlin-Potsd.-Magdeb. 94,10, Berlin-Stettin 107, —, Bresl.-Schweidn.-Freib. 79,25, Halle-Sorau-Cuben 13,75, Magdb.-Halberst. 139,25, Mainz-Ludwigsh. 76,50, Oberschl. L. A. 156,60, Ost. Nordwestb. 215,60, Prag-Tarnauer 41, —, Rechte Oberufer 125,25, Rumänier Stammact. 37,60, do. Stammprior. 96,30, Thür. 135,25, Weimar-Gera Stammprior. 20,25, —, Berg.-Märk. 91,90, Berlin-Anb. 97,25, Rhein-Wind. 138,60, Galiz. Karl-Ludw. 100,60, Franzosen 467, —, Lomb. 139, —, Rhein. 135,90.

Sorten. Napoleonsd'or 16,20, Def. Banknoten 172,90, Russ. Bankn. 210,70, Def. Silbergulden —, —, Wechsel. Amsterdam l. S. 168,95, do. 2 M. 168,30, Belg. Bankpl. 10 Tage 80,65, do. 2 Mon. 80,40, London kurz 20,475, do. 3 Mon. 20,395, Paris l. S. 80,75, Petersburg l. S. 210,20, do. 3 M. 208,85, Warschau l. S. 210,40, Wien l. S. 172,70, do. 2 M. 171,70.

* Frankfurt a. M., 11. Sept. Schlußcurs: Londoner Wechsel 20,487, Wiener Wechsel 172,70, 3proc. Sächsische Rente 75 1/2, Def. Papierrente 57, do. Silberrente 58 1/2, do. Goldrente 68 1/2, Staatsb. 232 1/2, Romb. 68 1/2, Galizier 200 1/2, Def. Creditact. 218 1/2, Darmst. Bankact. 130 1/2, Deutsche Reichsbank 154 1/2.

* Frankfurt a. M., 11. Sept., 5 Uhr 50 Min. Effecten-Societät: Creditactien 219 1/2, Franzosen 233 1/2.

* Hamburg, 11. Sept. Silberrente 58 1/2, Goldrente 68 1/2, Creditact. 220 1/2, 1860er Lose 117 1/2, Franz. 583, Romb. 170, Ital. Rente 79 1/2, 1877er Russen 88 1/2, Vereinsbank 121 1/2, Laurahütte 83 1/2, Commerzbank 110 1/2, Norddeutsche 145 1/2, Intern. Bf. —, Americ. 95 1/2, Rhein-M. 138 1/2.

* Wien, 11. Sept. Schlußcurs: Papierrente 66,50, Silberrente 68, —, 1860er Post 123,20, Nordwestb. 125,20, Bankact. 821, —, Creditact. 254,50, Anglo-Austr.-Bank 128,80, London 118,10, Silberagio 100, Ducaten 5,61, Napoleonsd'or 9,34, Galiz. 233, —, Staatsbahn 270, —, Romb. 79, —, Goldrente 79,70, Deutsche Reichsbank 57,82.

* Paris, 11. Sept., 3 Uhr nachm. 3proc. amortis. Rente 85,92 1/2, 3proc. Rente 83,95, 1872er Anleihe 117,80, Ital. 3proc. Rente 79,75, Def. Gold. 70 1/2, Ung. Gold. 79 1/2, 1877er Russen 91 1/2, Franz. 581,25, Romb. 181,25, do. Prior. 262, —, 1865er Türken 11,37 1/2, 1869er —.

* London, 11. Sept. Consols 97 1/2, Ital. 3proc. Rente 78 1/2, Romb. 7 1/2, 3proc. 1871er Russen 85 1/2, do. 1872er 87 1/2, do. 1873er 87 1/2, Silber —, 1865er Tür. Anleihe 11 1/2, 1869er do. —, 3proc. Americ. 105 1/2, Def. Silberrente 58, Papierrente 57.

* Neuport, 11. Sept. abends. Wechsel auf London in Gold 4,81, Wechsel auf Paris 5,24 1/2, 3proc. 5/20er Bonds 102 1/2, 1877er Bonds 101 1/2, Creditbank 26 1/2.

Leipziger Productenbörse vom 12. Sept. Bitterung: Schön. Spiritus loco 56,80 S.; unverändert.

* Leipzig, 12. Sept. Die heutige Börse bildete gewissermaßen die gerahmte Fortsetzung ihrer unmittelbaren Vorgängerin; denn sie bewegte sich wieder in dem gewohnten Gleise. Die Geschäftsumsatz bestand in unbedeutender Weise in den verschiedenen Effectenbranchen fort und nur einer außerordentlich geringen Anzahl von Papiere gelang es, die Aufmerksamkeit der Börse in erwähnenswerther Weise auf sich zu lenken. Aus Privatkreisen lagen nur sehr wenig Ordres vor, auch dort ist die Parole „Abwarten“ ausgegeben.

Die von außerhalb gemeldeten Curse lassen wahrnehmen, daß der Abrechnungsproceß täglich weitere Opfer verlangt, namentlich bildeten gestern in Berlin die Bankactien das Object eines Baissenangriffes, während Rheinisch-Westphälische Bahnen auf die Nachricht, daß die Verstaatlichung der rheinischen Bahnen bestimmt ins Auge gefaßt sei, etwas mehr Beachtung fanden. Schließlich griff insolge etwas freundlicherer Tendenz, welche die von auswärts einlaufenden Berichte verriethen, eine etwas freundlichere Haltung platz.

In den deutschen Staatsanleihen fanden größere Umsätze statt, insbesondere waren Reichsanleihe und Sächsische Rente in gutem Verlehe.

Von den ausländischen Fonds waren Orientanleihen und Oesterreichische Goldrente gesucht.

Bahnen etwas belebter; größere Abschlüsse fanden in Anhalter statt, welche circa 1 Proc. im Course errötheten. Böhmische Nordbahn lebhaft und wesentlich höher; Warschauer schwach, Rheinische besser und in guter Frage; Breslau-Schweidnitzer ziemlich beauptet.

Von den Stammprioritäten gingen Weimar-Geracr mehrfach um.

Bankactien fest, namentlich Leipziger Credit; Deutsche Bank und Gothaer Bank beliebt. Dresdener Bank gaben etwas nach, wurden aber in mehrfachen Beträgen gehandelt. Industriactien geschäftlos. Niederschlesia offerirt; Jümmernann nur niedriger Geld.

Prioritäten fest und theilweise ziemlich belebt.

Neueste telegraphische Depeschen.

* London, 12. Sept. Dem Reuterschen Bureau wird aus Simla vom 11. Sept. berichtet: „Der Emir theilte dem Gouverneur von Kaudahar die Katastrophe in Kabul mit und beauftragte denselben, dem Rathe der englischen Behörden Folge zu leisten. General Bright commandirt die Rheinercolonnen.“

* Aus dem Haag, 11. Sept. Die neuesten Nachrichten aus Atchin lauten sehr günstig. Die Expeditionscolonnen sind aufgelöst, mehrere Häuptlinge haben sich unterworfen, die Eingeborenen kehren zu ihren Camps zurück.

Leipziger Börse vom 12. Sept. (251. Abend) ...

Leipziger Börse.

12. Sept.

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, and Petersburg.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and securities with their respective values and terms.

Bank-Disconto.

Table showing bank discount rates for different banks and locations.

Sorten.

Table listing various types of securities and their prices.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing shares of various railway companies.

Table listing shares of various companies including Berlin-Potsdam-Magdeburg, Chemnitz, and others.

Table listing shares of various companies including Eisenbahn-St.-Fr.-Actien.

Table listing shares of various companies including Bank-u. Credit-Actien.

Table listing shares of various companies including Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.

Table listing shares of various companies including Anstalt. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of various companies including Anstalt. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of various companies including Anstalt. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of various companies including Anstalt. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of various companies including Anstalt. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of various companies including Anstalt. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of various companies including Anstalt. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of various companies including Anstalt. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of various companies including Anstalt. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of various companies including Anstalt. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Table listing shares of various companies including Amerik. Anl. pr. 1887, 1000, 500, etc.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Sonnabend, 13. Sept. Hamlet, Prinz von Dänemark. Tragödie in 3 Acten von Shakespeare, übersetzt von H. W. von Schlegel. (251. Abonnements-Vorstellung.)

Altes Theater. Sonnabend, 13. Sept. Prinz Methusalem. Komische Operette in 3 Acten von Wilder und Delacour. Bearbeitet von Karl Treumann. Musik von Johann Strauss. Fr. Zerline Drucker, von Hamburg, als Gast.

